

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Sie lesen auf Seite 660
Philipp Fabry
Die deutsch-russischen Beziehungen
1939—1941

GANGOLF PFLUGER

Wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung in der Sowjetunion seit 1953

I. Die Situation vor Stalins Tod

1. Die wirtschaftliche Lage

Die Sowjetunion hatte durch den 2. Weltkrieg erhebliche wirtschaftliche Verluste erlitten. Die Schäden konnten jedoch schneller als von der Sowjetführung erwartet beseitigt werden. Seit etwa 1950 trat dagegen eine deutliche Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung ein, über die auch hohe Indexziffern nicht hinwegtäuschen konnten. Die Gründe dafür waren:

- a) Die übermäßige und einseitige Zentralisierung der Planung, Lenkung und Kontrolle des gesamten Wirtschaftsablaufes in den Fachministerien und anderen Zentralbehörden in Moskau.
- b) Die daraus resultierende starke Verbürokratisierung des Wirtschaftsapparates, seine Schwerfälligkeit und Unelastizität, welche der persönlichen Initiative kaum noch Raum zur Entfaltung ließen.
- c) Die trotz Wiederaufbau große technische Rückständigkeit des Produktionsapparates, der sich — abgesehen von einigen Renommierbetrieben — in seiner Ausstattung und Arbeitsweise nicht mit den Verhältnissen im Westen messen konnte.

- d) Die ungleichmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft durch einseitige Bevorzugung der Grund- und Schwerindustrie und Vernachlässigung der Konsumgütererzeugung und Landwirtschaft. Selbst solche lebenswichtige Produktionszweige wie das Verkehrswesen, die Energieerzeugung, der Fahrzeugbau und die organische Chemie standen im Schatten der Entwicklung der Gesamtwirtschaft.
- e) Die mangelnde Arbeitsleistung und Spezialisierung innerhalb der Industrie, hervorgerufen durch die Tendenz eines jeden Betriebes und eines jeden Fachministeriums, selbstgenügsam und autark zu sein, um nicht von den Lieferungen anderer Unternehmen bzw. Fachministerien abhängig zu werden, deren häufiges Ausbleiben die Planerfüllung gefährden könnte.

Die Folge dieser Situation war eine geringe Produktivität der Volkswirtschaft und ein erschreckend niedriger Lebensstandard bei der Masse der Bevölkerung. Die Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Mitarbeit war dementsprechend gering und die Tendenz zur Obstruktion, zur Passivität und zur persönlichen Bereicherung stark ausgebildet.

2. Die gesellschafts- und sozialpolitische Lage

Die Erfordernisse der forcierten Industrialisierung der Sowjetunion seit Beginn der dreißiger Jahre, insbesondere die starke Lohndifferenzierung, hatten zur Herausbildung einer privilegierten Schicht der Verwaltungs- und Wirtschaftsintelligenz geführt. Diese war bestrebt, ihre Position nicht nur zu bewahren, sondern noch zu festigen und auszubauen. Der riesige zentralistische Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat, dessen Spitzen sich in den Ministerien in Moskau konzentrierten, verlieh der neuen Fachintelligenz zudem eine wachsende Machtstellung im Staatswesen, welche sich weitgehend von der Parteikontrolle emanzipiert hatte. Sie trat in Konkurrenz zu den übrigen Machtsäulen des Sowjetstaates, der Partei, der Sicherheitspolizei und der Wehrmacht, die allein durch die alles überragende Autorität Stalins zusammengehalten wurden.

Die Lage auf dem Gebiete der Sozialpolitik war gekennzeichnet durch eine strenge Arbeitsdisziplin, deren Verletzung als kriminelles Vergehen geahndet wurde. Durch die Führung von Arbeitsbüchern, erheblicher Benachteiligung in der Sozialversicherung beim Arbeitsplatz-

wechsel und verschiedene Möglichkeiten der Arbeitsverpflichtungen war die Fluktuation der Arbeitskräfte auf ein Minimum reduziert. Zwangsarbeit spielte vor allem bei der wirtschaftlichen Erschließung klimatisch ungünstiger Gebiete eine bedeutende Rolle.

Die Lohnfestsetzung erfolgte für die Arbeitnehmer in der Produktion zum größten Teil nach dem Normensystem. Die Normen waren oft veraltet und willkürlich festgesetzt und deshalb eine ständige Quelle der Ungerechtigkeit und des passiven Widerstandes der Arbeitnehmer.

Die Folge war eine im Vergleich mit dem Westen sehr niedrige Arbeitsproduktivität, die durch antreiberische Maßnahmen, wie sozialistischen Wettbewerb und Stachanowbewegung, nur in geringem Maße gehoben werden konnte. Die Gewerkschaften vertraten in keiner Weise die Belange der Arbeitnehmer, sondern bestätigten sich fast ausschließlich als Handlanger des Staates und der Partei zur Steigerung der Arbeitsleistung. Von einer Teilnahme der Arbeitnehmer an der Unternehmensleitung konnte keine Rede sein.

II. Die Entwicklung nach Stalins Tod

Den Nachfolgern Stalins war von vornherein klar, daß das sowjetische Wirtschaftssystem weitgehender Reformen bedurfte, um seine Leistungsfähigkeit und Produktivität zu heben, seine technische Rückständigkeit zu überwinden und die Disproportionen in der Entwicklung der einzelnen Produktionszweige zu beseitigen. Nur so konnte die Sowjetunion hoffen, ökonomisch Anschluß an den Westen zu finden und das alte Ziel der wirtschaftlichen Überholung des Westens zu erreichen. Ferner erwies es sich als unumgänglich notwendig, den Lebensstandard und die materiellen Anreizmittel für die arbeitende Bevölkerung zu erhöhen, um ihre Passivität zu überwinden. Dies um so mehr, als die zunehmende Reife und Kompliziertheit der sowjetischen Wirtschaft eine stärkere Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Mitarbeit und eine größere Entfaltung und Einspannung der persönlichen Initiative erforderten.

1. Dezentralisierung der Wirtschaftslenkung

Einer der wichtigsten und entscheidenden Schritte zur Erhöhung der Effizienz und Elastizität der Sowjetwirtschaft war die Dezentralisierung der Wirtschaftslenkung vom Mai 1957. Der größte Teil der zentralen Fachministerien in Moskau wurde aufgelöst und ihre Kompetenzen in der Leitung der ihnen unterstehenden Industriebetriebe und Baustellen

INHALT

I. Die Situation vor Stalins Tod

1. Die wirtschaftliche Lage
2. Die gesellschafts- und sozialpolitische Lage

II. Die Entwicklung nach Stalins Tod (März 1953)

1. Dezentralisierung der Wirtschaftslenkung
2. Stärkung der Parteikontrolle
3. Ideologische und machtpolitische Komponente der Wirtschaftspolitik
4. Rationalisierung des Wirtschaftsapparates
 - a) Beseitigung von Disproportionen
 - b) Stärkere Erschließung der Ostgebiete
 - c) Modernisierung und Mechanisierung der Industrie
5. Umbau der Landwirtschaft
 - a) Erhöhung der Kolchoseinkommen
 - b) Neulandaktion
 - c) Änderung der betriebswirtschaftlichen Struktur
6. Rationalisierung der Arbeitsverhältnisse
 - a) Humanisierung der Arbeitsgesetzgebung
 - b) Angleichung der Löhne und Erleichterung der Arbeitsbedingungen
 - c) Begrenzte Mitbestimmung
 - d) Fachlich und regional begrenzte Arbeitskräfteknappheit
 - e) Oberstes Ziel: Erhöhung der Arbeitsproduktivität
7. Gesellschaftspolitische Nivellierung
8. Belebung der Wirtschaftstheorie

III. Schlußfolgerungen

auf 105 regionale Volkswirtschaftsräte (Sownarchose) übertragen. Schon in den Jahren vorher waren zahlreiche Unternehmen aus der Zuständigkeit der zentralen Fachministerien in diejenigen der Unionsrepubliken überführt worden.

Zugleich wurde der Übergang von der Totalplanung auf die Rahmenplanung vollzogen, welche nur noch die grundlegenden Sollziffern der

einzelnen Produktionszweige festsetzt, während die Detailplanung den unteren Instanzen überlassen bleibt.

Die Dezentralisierung der Wirtschaftslenkung, die sich in der Praxis zu einer Dekonzentration entwickelte, bedeutete aber keine Verselbständigung der Unternehmen, welches die logische Konsequenz gewesen wäre. Auch an eine stärkere Einführung des Marktmechanismus — wie etwa in Jugoslawien — ist nicht gedacht. Die Planung erfolgt weiterhin zentral, obwohl durch die Mitwirkung der unteren Instanzen eine größere Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten erfolgt. Schließlich ist auch die Kontrolle des Wirtschaftsablaufes nach anfänglichen Experimenten wieder an zentraler Stelle konzentriert worden.

Die Dezentralisierung ist deshalb ökonomisch gesehen eine halbe Maßnahme geblieben, und der wirtschaftliche Erfolg blieb nach anfänglichen Impulsen hinter den Erwartungen zurück. Die regionalen Volkswirtschaftsbetriebe streben genauso wie die Fachministerien zuvor nach Autarkie und Selbstgenügsamkeit und behindern dadurch weiterhin die Arbeitsteilung und Spezialisierung innerhalb der Volkswirtschaft.

Es bedeutet deshalb auch keine Überraschung, daß neuerdings wieder eine Bewegung zur Rekonzentration der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung eingesetzt hat. Im Juni 1960 wurde in der RSFSR, der größten sowjetischen Unionsrepublik, ein „Allrussischer Wirtschaftsrat“ geschaffen, der den 70 regionalen Volkswirtschaften der RSFSR übergeordnet ist. Die Aufgabe des neuen Organs ist die Koordinierung der Arbeit der regionalen Volkswirtschaftsräte, die Kontrolle der Planerfüllung und die Überwachung der Staatsdisziplin. Kurz darauf erfolgten ähnliche Maßnahmen in den übrigen Unionsrepubliken, welche mehrere regionale Volkswirtschaftsräte aufweisen, und zwar in der Kasachischen und in der Ukrainischen SSR. In der Usbekischen SSR sind die bisherigen vier Volkswirtschaftsräte zu einem gemeinsamen Organ zusammengefaßt worden.

2. Stärkung der Parteikontrolle

Die Hauptgründe für die Dezentralisierung der Wirtschaftslenkung im Jahre 1957 lagen im Grunde auch auf nichtökonomischem Gebiet: Abgesehen von strategischen Erwägungen war sie in erster Linie ein Schlag der Parteiführung unter Chruschtschow gegen die zu größerem Einfluß gelangten Wirtschaftsführer und eine Maßnahme zur Wiederherstellung der vollen Vorherrschaft der Partei auf wirtschaftlichem Gebiet. Diese Vorherrschaft war bereits unter Stalin durch den Ausbau der Fachministerien zu Hochburgen des Fachwissens, bei denen die Partei nicht mehr viel dreinzureden hatte, in Frage gestellt worden. Nach Stalins Tod hatte sich die Stellung der Wirtschaftsführer noch weiter gefestigt, da auf Grund der Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen ökonomische Gesichtspunkte gegenüber ideologischen und parteipolitischen Erwägungen zunächst in den Vordergrund traten. So stellte die Dezentralisierung den ersten entscheidenden Schritt dar, die wirtschaftliche Intelligenz wieder an die Zügel zu nehmen, denn die lokalen Parteinstanzen erhielten von Anfang an die Anweisung zur Beaufsichtigung und Kontrolle der entsprechenden Organe der regionalen Wirtschaftsverwaltung.

Der nächste Schritt innerhalb dieser Entwicklung bildete die Gründung der „ständigen Produktionskonferenzen“ innerhalb der Betriebe im Sommer 1958, eine Art Instrument der Mitbestimmung, in denen neben Angehörigen der Belegschaft, Vertreter der Partei und der Gewerkschaften sitzen. Die erklärte Aufgabe dieser Gremien war die Bildung eines Gegengewichtes gegen die sich oft allzu selbständig gebärdenden Betriebsdirektoren. Aber offenbar haben sich die „ständigen Produktionskonferenzen“ nicht bewährt, da sie kaum noch erwähnt werden.

Ihre Aufgaben übernahmen die sehr viel wirksameren betrieblichen Parteikontrollkommissionen, deren Gründung von Chruschtschow auf dem Juni-Plenum 1959 des ZK der KPdSU mitgeteilt wurde. Damit wurde die sowjetische Wirtschaft bis zur untersten Instanz einer lückenlosen Aufsicht und Kontrolle der Partei unterworfen, wie sie in diesem Umfang seit Beginn der Industrialisierung, zu Anfang der dreißiger Jahre, nicht mehr bestanden hatte.

Die Voraussetzung für die Etablierung dieser lückenlosen Kontrolle stellt die Heranbildung eines neuen Parteifunktionsartyps dar, der mit der intensiven ideologischen und parteipolitischen Schulung die wirtschaftliche Ausbildung und das Verständnis für ökonomische Zusammenhänge verbindet. Dennoch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Parteifunktionäre bei der Ausübung ihrer Obliegenheiten ideologische und politische Erwägungen vor solche ökonomischer Art stellen werden.

3. Ideologische und machtpolitische Komponente der Wirtschaftspolitik

Wie stark das ideologisch-politische Element in der sowjetischen Wirtschaftspolitik vorherrscht, zeigt auch die offizielle Zielsetzung des laufenden Siebenjahresplans (1959–65). Derselbe soll in erster Linie dazu dienen, einen entscheidenden Schritt bei der Schaffung der materiell-technischen Basis für den Übergang zum Kommunismus, dem gesellschaftspolitischen Endzustand des Marxismus-Leninismus, zurückzulegen. Ferner soll die Produktion der UdSSR soweit erhöht werden, daß bis etwa 1970 die USA in der Pro-Kopf-Erzeugung eingeholt und überholt werden können. Auf die konkreten Möglichkeiten zur Realisierung dieser Forderungen kann hier nicht näher eingegangen werden. Zumindest beanspruchen die Sowjets, daß der Ostblock bis zum oben genannten Zeitpunkt über die Hälfte der Weltproduktion stellt. Damit werde die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaft über die „kapitalistische“ in einer entscheidenden Phase der Menschheitsgeschichte unter Beweis gestellt. Als Hauptproblem des sowjetischen Siebenjahresplanes wird die Frage des Zeitgewinns im wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem „Kapitalismus“ hingestellt. Hierin wird die machtpolitische Komponente neben der ideologisch-politischen besonders deutlich.

Darauf deutet auch die Ankündigung eines neuen sowjetischen 20-Jahres-Perspektivplanes hin. Nach den Worten Chruschtschows, Ende

So betrachtet stellt die Wiederherstellung der vollen Parteikontrolle innerhalb der sowjetischen Wirtschaft eine Gegenbewegung gegen die andere große Tendenz der Nachstalinzeit, der Rationalisierung und Modernisierung der Wirtschaft dar, dazu geeignet, viele positive ökonomische Ergebnisse der letzteren wieder aufzuheben bzw. zu neutralisieren.

Juni 1960, soll dieser auf dem Anfang 1961 stattfindenden 22. Parteikongreß der KPdSU als Kern des neuen Parteiprogramms vorgelegt werden und die Richtlinien für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft enthalten. Es dürfte sich bei diesem angekündigten Perspektivplan demnach nicht so sehr um einen neuen noch ehrgeizigeren Mehrjahresplan handeln, der an die Stelle des geltenden Siebenjahresplanes tritt, sondern vielmehr um ein ideologisch-politisches Programm und damit ein Vermächtnis Chruschtschows für den weiteren Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Durch Verkündung des Stadiums des „entfalteten Aufbaus des Kommunismus“ auf dem 21. Parteitag der KPdSU, ist die Epoche des Übergangs zum kommunistischen Endzustand bereits Anfang 1959 eingeleitet worden.

Dabei bleibt jedoch die maximale Produktionserhöhung eines der Hauptziele der weiteren Planung, da eine Überfülle an allen Erzeugnissen eine der wichtigsten Voraussetzungen für den endgültigen Übergang zum Kommunismus ist. Chruschtschow betonte in diesem Zusammenhang, daß die steigende Wirtschaftsmacht des „sozialistischen Lagers“ eine zunehmende Wirtschaftshilfe an die neutralen Länder ermögliche, das Prestige und die Anziehungskraft des Kommunismus in der Welt erhöhe und schließlich eine Hauptvoraussetzung für den Sieg des Kommunismus im Weltmaßstab sei.

4. Rationalisierung des Wirtschaftsapparates

a) Beseitigung von Disproportionen

Der erste großangelegte Versuch, einen oder mehrere der bis dahin vernachlässigten Produktionszweige der sowjetischen Volkswirtschaft auf das allgemeine Niveau zu heben, stellte der „Neue Kurs“ Malenkows dar, der 1953 eine stärkere Entwicklung der Konsumgüterherstellung auf Kosten der Schwerindustrie vorsah. Der „Neue Kurs“ war jedoch eines der Hauptargumente Chruschtschows gegen Malenkow und führte maßgeblich zum Sturz des letzteren vom Posten des Regierungschefs im Februar 1955, wonach der Vorrang der Schwerindustrie wiederhergestellt wurde. Doch fiel die Konsumgütererzeugung seitdem nie mehr ganz in die Aschenbrödelrolle zurück wie unter Stalin. Neuerdings gewinnt sie sogar ständig mehr an Bedeutung, ein Beweis für die nicht mehr zu übergehenden wachsenden Ansprüche der sowjetischen Verbraucher. Im Siebenjahresplan (1959–65) sind mit 80–85 Mrd. Rubel rund doppelt so viel Investitionsmittel für die Entwicklung der Konsumgüter- und Nahrungsmittelindustrie bereitgestellt worden wie in den 7 Jahren zuvor. Neuerdings hat die Sowjetregierung noch zusätzlich 25–30 Mrd. Rubel für diesen Zweck bewilligt. Chruschtschows Hauptaugenmerk galt ferner seit 1953 der Fortentwicklung der in besonderem Maße rückständigen Landwirtschaft, die jedoch anschließend gesondert behandelt wird.

Seit 1958, insbesondere seit dem Anlaufen des Siebenjahresplanes (1959–65), erfolgte auch innerhalb der Industrie die Beseitigung von Disproportionen. So werden die bis dahin vernachlässigten Zweige der Erdöl- und Erdgasgewinnung, der organischen Chemie, des Verkehrsweßens und des Fahrzeugbaus besonders gefördert. Dem Energieengpaß soll ferner durch stärkere Umschaltung des Bauprogramms von den kapitalaufwendigen Wasserkraftwerken auf schnell und in größerer Verbrauchernähe zu errichtende Wärmekraftwerke gesteuert werden. Auch die großen Unterschiede in der technischen Ausstattung und Arbeitsweise der einzelnen Industriebetriebe, die auf dem Juni-Plenum 1959 des ZK der KPdSU erneut beleuchtet wurden, sollen beschleunigt überwunden werden. Die Ursachen für diese Ungleichheiten sind in dem

Fehlen jeglichen Wettbewerbs, dem Vorherrschen behördlichen Denkens in der Wirtschaft und in der Isolierung der Sowjetindustrie vom Ausland zu suchen.

b) Stärkere Erschließung der Ostgebiete

Eine augenfällige Disproportion der sowjetischen Volkswirtschaft beruht darin, daß etwa 90% der festgestellten Rohstoff- und Energiereserven des Landes östlich des Urals liegen, dort aber bislang nur rund 20% der Bevölkerung wohnen bei entsprechend geringer Erschließung und Produktionskraft der Ostgebiete. Diese ungleiche Verteilung belastet das sowjetische Transportsystem in unvorstellbarem Maße. Ferner stellt die forcierte wirtschaftliche Erschließung des Raumes östlich des Urals die Voraussetzung für die schnelle Fortentwicklung der Gesamtwirtschaft dar. Der Siebenjahresplan (1959–65) konzentriert deshalb in viel stärkerem Maße als seine Vorgänger seine Bemühungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der sowjetischen Ostgebiete, indem dort 40% der vorgesehenen Kapitalmittel investiert werden sollen. Allerdings sind die Anfangsinvestitionen in Sibirien wegen der schwierigen klimatischen und verkehrsgeographischen Verhältnisse weniger rentabel als in der europäischen Sowjetunion. Der Zwang zu entsprechend höheren Aufwendungen zehrt deshalb an den ohnehin stark beanspruchten Kapitalmitteln der UdSSR und verschärft die Kapitalknappheit des Landes. Auch leiden die Gebiete östlich des Urals unter starkem Arbeitskräftemangel.

c) Modernisierung und Mechanisierung der Industrie

Abgesehen von der forcierten Erschließung der Ostgebiete sollen von dem im Siebenjahresplan (1959–65) vorgesehenen industriellen Produktionszuwachs von insgesamt 80% etwa ¼ durch Modernisierung und weitere Mechanisierung der vorhandenen Anlagen erzielt werden, während in den Plänen zuvor die geplante Zunahme vornehmlich durch die Ausweitung des Produktionsapparates erreicht wurde. Das bedeutet, daß in der UdSSR an die Stelle der extensiven Wirtschafts- und Produktionsweise nunmehr die intensive getreten ist. Bedingt ist dieser

Wandel durch den inzwischen erreichten Entwicklungs- und Reifegrad der sowjetischen Wirtschaft, die zu einem hochkomplizierten Gebilde geworden ist.

Analog zu den westlichen Industrieländern hat auch in der Sowjetunion die zweite industrielle Revolution in Form der Automatisierung der Produktionsvorgänge Eingang gefunden. Ihrer Einführung in großem Maßstab stellen jedoch die mangelnde Arbeitsteilung und Spezialisierung innerhalb der Sowjetwirtschaft, die systembedingt sind, ernste Hindernisse entgegen, da sie die Serienproduktion hemmen, welche die Voraussetzung für jede Automatisierung der Produktionsvorgänge ist.

5. Umbau der Landwirtschaft

Die sowjetische Landwirtschaft war bei Stalins Tod, im März 1953, besonders rückständig. Die Erträge waren seit der Kollektivierung nur wenig gestiegen, und der Viehbestand lag unter dem Niveau von 1916, wie von Chruschtschow auf dem September-Plenum 1953 des ZK der KPdSU mitgeteilt wurde. Chruschtschow betrachtete seit diesem Zeitpunkt die Agrarpolitik als eines seiner wichtigsten Betätigungsbereiche. Die dringend notwendige Steigerung der Agrarerzeugung versuchte er auf drei Wegen zu erreichen:

- a) durch Erhöhung der materiellen Anreizmittel mittels Hebung der Kolchoseinkommen,
- b) durch die Ausdehnung der Anbaufläche im Wege der Neulandgewinnung und
- c) durch die Änderung der betriebswirtschaftlichen Struktur in der Landwirtschaft.

a) Erhöhung der Kolchoseinkommen

Die Entlohnung der Kolchosbauern besteht in der Beteiligung am Kolchosgewinn, der nach Ableistung aller Staatsverpflichtungen übrigbleibt. Die Zuteilung erfolgte im allgemeinen nur einmal im Jahr und zum größten Teil in Natura. Das Einkommen der Kolchosbauern lag im Durchschnitt weit unter dem der Industriearbeiter. Erst die Erlöse aus der Privatnebenwirtschaft sowie aus der privaten Viehhaltung ermöglichten den Bauern in den meisten Fällen überhaupt eine Existenz. Ihre Arbeitsbereitschaft auf den Kolchosfeldern war entsprechend gering. Zur Erhöhung der Kolchoseinkünfte wurden ab September 1953 die Ablieferungspreise an den Staat mehrfach angehoben und die Steuern gesenkt. 1957 wurden ferner die Zwangsablieferungen für die Erzeugnisse aus der Privatnebenwirtschaft aufgehoben. Im Juli 1958 wurden auch die Zwangsablieferungen für die Kolchosen abgeschafft und die Preise auf einem mittleren Niveau zwischen den ehemaligen Zwangsablieferungs- und Aufkaufpreisen fixiert. Regional erfolgte eine gewisse Differenzierung, durch die klimatisch und bodenmäßig begünstigte Kolchosen benachteiligt und arme Kolchosen bevorzugt wurden. Auf diese Weise fand eine Umverteilung der Einkommen innerhalb der Kolchosen statt.

Im Durchschnitt haben sich die Einkünfte der Kolchosen seit 1953 wesentlich erhöht, aber immer noch nicht soweit, daß die durchschnittlichen Einkommen der Bauern Anschluß an die der Industriearbeiter gefunden hätten. Die geplante Umschaltung in der Entlohnung der Kolchosbauern von der Gewinnbeteiligung, die vorwiegend in Natura erfolgte, auf einen als Vorschuß gezahlten monatlichen Barlohn konnte deshalb vorerst nur auf den reicheren Kolchosen durchgeführt werden, ist aber das Ziel der Einkommensgestaltung auf dem Lande. Im Augenblick kann der Bauer auf die Nebeneinkünfte aus seiner Privatnebenwirtschaft noch nicht verzichten. Die Einengung und die allmähliche Beseitigung dieser privaten Nebenwirtschaften zeichnet sich jedoch mehr und mehr ab. Mit der Einkommenserhöhung ist auch die Erzeugung der sowjetischen Landwirtschaft erheblich angewachsen; die Hektarerträge liegen aber noch immer weit unter dem westlichen Niveau.

b) Neulandaktion

Ein anderer Weg zur Erhöhung der Agrarproduktion stellt die extensive Methode der Ausweitung der Anbaufläche dar. Von 1954 bis 1957 wurden in den Schwarzerdegebieten östlich des Urals, vornehmlich in Nord-Kasachstan, Westsibirien und im Altaj, rund 36 Mill. ha

Der erhöhte Reifegrad der sowjetischen Industrie und die damit verbundenen wachsenden Schwierigkeiten lassen auch das Wachstumtempo der Sowjetwirtschaft absinken. Gefördert wird dieser Prozeß durch die wachsende Kapitalknappheit und den Mangel an qualifizierten Fachkräften der mittleren Kategorie, wie Facharbeiter, Meister und Obermeister. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Industrieproduktion, die noch 1955 —12 % betrug, ist deshalb im Siebenjahresplan auf 8,6 % festgesetzt worden. Dennoch ist der absolute jährliche Zuwachs entsprechend dem hohen Produktionsniveau noch immer beträchtlich und muß sehr ernst genommen werden.

Brach- und Neuland unter starkem Einsatz von Jugendlichen neu unter den Pflug genommen. Es handelt sich dabei allerdings um semiaride Zonen, die in erheblich größerem Maße als die alten Anbaugelände der UdSSR von klimatischen Bedingungen abhängig sind. Starke Schwankungen in den Ernteerträgen sind die Folge. Immerhin konnte die Getreideernte der UdSSR nach einem Katastrophenjahr 1957 im Jahre 1958 auf den Rekordstand von rund 115 Mill. t (westliche Schätzungen) gehoben werden, lag aber 1959 bereits wieder erheblich darunter und wird infolge starker Auswinterungsschäden auch im Jahre 1960 nicht wieder das Ergebnis von 1958 erreichen.

Neuerdings scheinen sich die Voraussagen westlicher Kenner der sowjetischen Agrarverhältnisse, die vor einer baldigen Erschöpfung der Neulandböden warnten, zu bewahrheiten. Darauf deuten Maßnahmen hin, die Neulandfläche wiederum auszuweiten. Dabei scheint es sich zu einem großen Teil um den Versuch zu handeln, durch Ausweichen auf neue Neulandböden die Möglichkeit zu schaffen, die seit Jahren bebauten Flächen für einige Zeit brachliegen zu lassen, um so ein völliges Erschöpfen dieser Böden zu verhindern. Dagegen verfolgen verschiedene Teilaktionen zur Neulandgewinnung in Ostsibirien und Fernost offensichtlich den Zweck, dort in Entstehung befindliche neue Industrie- und Wohnzentren von der Lebensmittelzufuhr über weite Entfernungen aus dem Westen der UdSSR unabhängig zu machen und dadurch das Transportsystem zu entlasten.

c) Änderung der betriebswirtschaftlichen Struktur

Auch der Umbau der betriebswirtschaftlichen Struktur dient in erster Linie, auf dem Wege der Rationalisierung, der Erhöhung der Agrarerträge. Doch werden diese Veränderungen auch aus politisch-ideologischen Wurzeln gespeist. Ab 1953 erfolgte eine ständige Verschmelzung von Kolchosen zu Großkolchosen, so daß deren Zahl von rund 93 000 Ende 1953 auf weniger als 55 000 Ende 1959 sank. Parallel dazu setzte eine verstärkte Umwandlung von Kolchosen in Sowchosen (Staatsgüter) ein. Auch bei der Neulandaktion wurden die Sowchosen durch einen prozentual stärkeren Anteil an der neugewonnenen Fläche bevorzugt. Von 36 Mill. ha entfielen auf sie rund 14 Mill. ha.

Seit 1958 wurden die Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), vordem Stützpunkte der Partei und des Staates auf dem Lande, in Reparatur-Technische Stationen (RTS) umgewandelt und ihr Maschinenpark an die Kolchosen verkauft. Durch die Auflösung der MTS sollte die doppelte Betriebsführung in der Landwirtschaft beseitigt und die Arbeit dadurch rationeller gestaltet werden. Zudem waren die MTS Zuschußbetriebe gewesen. Das hochqualifizierte Personal der MTS sollte die Kader der Kolchosen stärken, ist aber offenbar zu einem großen Teil in die Industrie abgewandert.

Eine weitere Rationalisierung besteht darin, daß der Maschinenerwerb durch die Kolchosen in Zukunft auf dem Wege über den Ausgleich von Angebot und Nachfrage erfolgen soll, ein deutlicher Durchbruch ökonomischen Denkens. Allerdings bedeutet der Kauf und der Unterhalt der Maschinen zugleich eine neue zusätzliche Belastung für die Kolchosen, das um so mehr, als eine erhebliche Forcierung der Mechanisierung der sowjetischen Landwirtschaft vorgesehen ist, die in der Maschinenausstattung noch weit hinter dem im Westen üblichen Maß zurückgeblieben ist.

Die politischen Voraussetzungen für die Auflösung der MTS waren dadurch gegeben, daß die Kolchosleiterposten von Chruschtschow in den Jahren zuvor ausreichend mit linientreuen Parteileuten besetzt wor-

den waren. Ideologisch bedeutete der Übergang der Landmaschinen von den MTS zu den Kolchosen zunächst eine Rückstufung von Staatseigentum in genossenschaftliches Eigentum. Dem soll jedoch dadurch entgegengewirkt werden, daß — wie von Chruschtschow auf dem 21. Parteitag der KPdSU Anfang 1959 angekündigt wurde — die Kolchosen vom kollektiv-genossenschaftlichen zum „allgemeinen Volkseigentum“ fortentwickelt werden, in das dieselben gemeinsam mit den Sowchosen eingehen und dadurch mit diesen verschmelzen sollen.

Diese Fortentwicklung soll vor allem durch stärkere Speisung der „Unenteilbaren Fonds“ aus den Gewinnen der Kolchosen erfolgen. Die genannten Fonds, die heute bereits weitgehend den Charakter des staatlichen Eigentums besitzen, sind vorgesehen für die soziale und kulturelle Betreuung der Kolchosbauern, für öffentliche Arbeiten sowie für gemeinsam von den Kolchosen zu errichtende Elektrizitäts- und Verarbeitungsbetriebe, Transportunternehmen und Lagerhäuser sowie für den Straßenbau. Diesem Zweck sollen auch die seit Ende 1959 propagierten Kolchosverbände dienen, da die Kraft einer Kolchose für die Errichtung der oben genannten Einrichtungen im allgemeinen nicht ausreicht. Zugleich scheint beabsichtigt zu sein, die privaten Nebenwirtschaften der Bauern weiter einzuengen und schließlich ganz zu beseitigen. Ferner ist an die Zusammenziehung der Landbevölkerung in stadtähnlichen Siedlungen gedacht, um sie in der Arbeits- und Lebensweise den Industriearbeitern anzugleichen. Damit würde ein altes kommunistisches Ziel, die Verwischung der Unterschiede zwischen Stadt und Land, erreicht.

6. Rationalisierung der Arbeitsverhältnisse

Die Sowjetunion hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem hochindustriellen Land entwickelt. Entsprechend ist die Bedeutung des arbeitenden Menschen gestiegen. Die wachsende Kompliziertheit und Mechanisierung der Produktionsvorgänge setzt eine höhere Qualifizierung, ein steigendes Verantwortungsbewußtsein und eine stärkere Entfaltung der persönlichen Initiative beim Arbeitnehmer voraus. Als Äquivalent dafür müssen ihm eine bessere materielle Versorgung sowie günstigere Arbeits- und Lebensbedingungen gewährt werden. An Stelle von Zwang und administrativen Maßnahmen treten zwangsläufig stärker die materiellen Anreizmittel. Aus dieser Sicht ist vor allem die Hebung des Lebensstandards während der letzten Jahre zu verstehen. Die erzielte Verbesserung mag dem ausländischen Beobachter gering erscheinen, für den sowjetischen Staatsbürger wiegt sie dagegen schwer und bindet ihn stärker an das System.

a) Humanisierung der Arbeitsgesetzgebung

Die verschärfenden Bestimmungen des sowjetischen Arbeitsrechts von 1940, die Vergehen gegen die Arbeitsdisziplin als kriminelle Delikte ahndeten und die Arbeitsverpflichtung stark ausdehnten, wurden 1956 beseitigt. Seitdem ist der Arbeitsplatzwechsel theoretisch wieder frei, wird aber in der Praxis durch die Fortexistenz des Arbeitsbuches sowie durch die Bindung der Höhe der Renten und Sozialleistungen an die Dauer des letzten Arbeitsverhältnisses stark eingeeengt.

Zudem ist für die Jugendlichen insofern wieder eine Verschlechterung eingetreten, als die Erziehungs- und Bildungsreform vom Dezember 1958 die Berufswahl erheblich beschränkt. Durch Erschwerung der Zulassungsbedingungen zu den Hochschulen und durch Koppelung der theoretischen Ausbildung mit der praktischen Arbeit wird vielen der Zugang zum Studium bzw. der Abschluß desselben verwehrt bleiben, so daß die Betroffenen mit mittleren Berufen vorliebnehmen müssen. Auf diese Weise soll der Zustrom zu den Hochschulen abgedämmt und dem Mangel an mittleren technischen Fachkräften abgeholfen werden, während an Akademikern bereits ein Überangebot besteht.

b) Angleichung der Löhne und Erleichterung der Arbeitsbedingungen

Hervorstechend war in der Sowjetunion der Stalinzeit die starke Differenzierung der Löhne der Arbeiter und Angestellten außerhalb der Landwirtschaft. Diese dem kommunistischen Gleichheitsprinzip kraß widersprechende Situation war eine typische Erscheinung der „sozia-

Wie auf dem industriellen Sektor, so sind die genannten politischen und ideologischen Tendenzen auch in der Agrarwirtschaft geeignet, den positiven ökonomischen Auswirkungen der Rationalisierung und der höheren Leistungsanreize entgegenzuwirken und zu einem großen Teil zu neutralisieren. Denn viele der zuletzt genannten Ziele müssen als äußerst unpopulär unter den Bauern bezeichnet werden, so die Stärkung des „Unenteilbaren Fonds“ auf Kosten der persönlichen Einkommen, die Einigung und letztliche Beseitigung der Privatnebenwirtschaften sowie die Zusammenziehung der Bauern in stadtähnlichen Siedlungen, was ihrer Entwurzelung gleichkommt.

Daraus entspringt die Tatsache, daß die Produktionszunahme in der sowjetischen Landwirtschaft zwar beträchtlich ist, aber immer noch weit hinter den Erfordernissen eines Industriestaates, der für die Versorgung einer wachsenden Stadtbevölkerung in steigendem Maße veredelte Produkte, wie Gemüse, Fette und tierische Erzeugnisse benötigt, zurückbleibt. Die Ursache dafür liegt vor allem in dem weiteren Zurückbleiben der Viehwirtschaft. Kennzeichnend dafür ist, daß noch immer etwa 50 % des Viehbestandes in der Sowjetunion in privater Hand sind. Im übrigen zeigt die sowjetische Agrarwirtschaft, im Gegensatz zu den meisten anderen Wirtschaftszweigen des Landes, noch heute die Merkmale der Landwirtschaft eines Entwicklungslandes, da in ihr noch rund 42 % der Bevölkerung tätig sind und diese die übrigen 58 % nur unzureichend mit landwirtschaftlichen Veredelungsprodukten ernähren können. Dagegen sind in den USA z. B. etwa nur 8–10 % der Bevölkerung in der Agrarwirtschaft tätig und schaffen einen ständigen Überschuß an hochwertigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

listischen Aufbauperiode“ der dreißiger Jahre, d.h. vor allem der forcierten Industrialisierung, die ohne Betonung des Leistungsgrundsatzes und der Schaffung starker materieller Anreizmittel in Gestalt hoher Löhne für die wirtschaftlichen Führungskräfte nicht auskommen konnte. Die Masse der unqualifizierten Arbeiter bezog dagegen Hungerlöhne von 150–200 Rubel, gegenüber Gehältern von 6000 Rubel und mehr für die Spitzenkräfte. Zur Beseitigung dieses Auseinanderklaffens wurden 1956 zunächst die Mindestlöhne auf 300–350 Rubel festgelegt und ihre spätere Erhöhung auf 500–600 Rubel vorgesehen. Parallel dazu wurden die Renten angehoben. Ferner kündigte Chruschtschow Anfang 1959 eine Reduzierung der Spitzengehälter auf das Doppelte des Minimallohnes an, das hieße demnach auf 1200 Rubel. Die Durchführung dieser Maßnahmen läßt jedoch noch auf sich warten; sie dürfte erheblichen Unwillen in der Intelligenz hervorrufen.

Auch das Normensystem, die Grundlage der Lohnfestlegung in der sowjetischen Industrie und im Bauwesen, wird z. Zt. einer grundlegenden Reform unterzogen, da dasselbe inzwischen völlig veraltet ist und viele Ungerechtigkeiten und umständliche Berechnungen mit sich bringt. Doch scheint die Reform nur langsam vorwärtszuschreiten, wie die Kritik an den verantwortlichen Stellen zeigt.

Zur Erleichterung der Arbeitsbedingungen soll auch die Verkürzung der Arbeitszeit beitragen. Bis Ende 1960 ist in der Industrie und dem Bauwesen der Übergang auf den 7-Studentag, für Schwerstarbeiter auf den 6-Studentag vorgesehen, was der 40- bzw. 35-Stundenwoche entspricht. Ab 1964 will man mit dem allmählichen Übergang auf die 35- bzw. 30-Stundenwoche beginnen. Durch die weitere Mechanisierung der Produktionsvorgänge soll schließlich die schwere körperliche Arbeit ganz entfallen und die Unterschiede manueller und geistiger Arbeit eingeebnet werden, womit einer marxistischen Grundforderung entsprochen würde. Damit wäre nach Meinung der Kommunisten auch eine der Voraussetzungen geschaffen, daß die Arbeit aus einer Last zu einem Hauptbedürfnis des Menschen wird, so wie es im kommunistischen Endzustand vorgesehen ist.

Eine stärkere Entfaltung der persönlichen Initiative und des Verantwortungsbewußtseins, die wesentlich zur Besserung der Arbeitsatmosphäre und der Produktivität beitragen kann, ist durch die Dezentralisierung der Wirtschaftslenkung eingeleitet worden, die den unteren Instanzen größere Kompetenzen zugesteht. Allerdings wurde das dadurch erzielte Maß an Bewegungsfreiheit für die unteren Organe durch die stärkere Parteikontrolle und andere Maßnahmen eingeeengt.

c) Begrenzte Mitbestimmung

Zur Besserung der Arbeitsatmosphäre dient neben den geschilderten Maßnahmen auch die Einräumung einer begrenzten Mitsprache der Arbeitnehmer bei der Regelung von Betriebsangelegenheiten seit Sommer 1958. Diese Konzessionen sind vor allem eine Folge des Eindringens der Idee der Arbeiterräte in der UdSSR während und nach den Oktoberereignissen 1956. Die genannte Mitsprache beschränkt sich in der Sowjetunion allerdings im wesentlichen auf die Gewährung zusätzlicher Rechte an die gewerkschaftlichen Betriebskomitees. Sie müssen heute bei der Regelung der meisten Werksangelegenheiten gehört werden, ohne allerdings dabei über Entscheidungskompetenzen zu verfügen. Nur in einigen sozialpolitischen Fragen besitzen die genannten Komitees neuerdings auch das Recht der Mitentscheidung und Kontrolle. Diesen neuen Rechten kommt jedoch weithin nur formelle Bedeutung zu, da die sowjetischen Gewerkschaften wie alle anderen Massenorganisationen in der UdSSR fest in der Hand der kommunistischen Partei sind und ihre Betriebskomitees deshalb kaum irgendwelche Entscheidungen gegen den Willen der Partei fällen können.

Liegt hierin nach außen hin immerhin eine gewisse Konzession gegenüber den Arbeitnehmern vor, so erweisen sich die gleichfalls im Sommer 1958 gegründeten „Ständigen Produktionskonferenzen“, denen Vertreter der Belegschaften, der Partei und den Gewerkschaften angehören, mehr oder weniger als getarnte Gegengewichte gegen die der Selbstständigkeitsbestrebungen verdächtigten Betriebsdirektoren. Mit der Schaffung der sehr viel wirksameren betrieblichen Parteikontrollkommissionen dürften die „Ständigen Produktionskonferenzen“, um die es sehr ruhig geworden ist, überflüssig geworden sein.

d) Fachlich und regional begrenzte Arbeitskräfteknappheit

Zu Stalins Zeiten zeichnete sich der sowjetische Arbeitsmarkt im allgemeinen durch eine große Aufnahmebereitschaft für Arbeitskräfte jeglicher Art, vor allem auch unqualifizierter, aus, da in den Jahren der Anfangsindustrialisierung jede Hand benötigt wurde und Gesichtspunkte der Rentabilität keine Rolle spielten. Inzwischen hat die Sowjetwirtschaft die ersten Stadien der Entwicklung hinter sich gebracht und auf einigen Gebieten — wenn auch noch nicht in der gesamten Breite — bereits eine anerkanntswerte technische Reife erreicht. Der Arbeitskräftebedarf hat sich deshalb zunehmend von unqualifizierten Arbeitern auf technisch gebildete Fachkräfte aller Art verlagert. In den europäischen Industriegebieten der UdSSR kann heute sogar schon von einer gewissen Überbesetzung der Werke mit Hilfsarbeitern gesprochen werden. In den Industriegebieten und auf den Baustellen des Ostens sowie in den Neulandgebieten fehlen dagegen nach wie vor Arbeitskräfte jeder Art. Es kann daher lediglich von einem fachlich und regional begrenzten Mangel an Arbeitskräften in der UdSSR gesprochen werden, dagegen nicht von einer allgemeinen Arbeitskräfteknappheit, wie es im Westen häufig geschieht.

Zwar ist es richtig, daß zur Zeit die kriegsgeschwächten Kriegs- und Nachkriegsjahrgänge eintreten. Die Lücken könnten jedoch durch vorzeitige Demobilisierung von über 2 Millionen Soldaten, durch Auflösung der Zwangsarbeitslager bzw. deren Umwandlung in Arbeitskolonien sowie durch die Dezentralisierung der Staats- und Wirtschaftsverwaltung und die damit verbundenen Personaleinsparungen sowie durch andere Maßnahmen gefüllt werden. Auch die Durchführung des Siebenjahresplanes (1959—1965) erfordert ohne Zweifel neue zusätzliche Arbeitskräfte, aber auch in erster Linie technisch qualifizierte Arbeiter für die alten Industriegebiete der UdSSR sowie Arbeitskräfte aller Art für die forcierte Erschließung der Ostgebiete. Die im Siebenjahresplan eingeleitete Entwicklung verschärft also nur die ohnehin vorhandene Situation der fachlich und regional begrenzten Arbeitskräfteknappheit in der UdSSR.

Auf fachlichem Gebiet soll insbesondere die Erziehungs- und Bildungsreform vom Dezember 1958 Abhilfe schaffen, deren Ziel es u. a. ist, durch Koppelung der theoretischen Ausbildung mit der praktischen Arbeit und durch Erschwerung des Zugangs zur Hochschule die Jugend-

lichen — zumeist Angehörige der Intelligenz — auf die mittleren praktischen Berufe zu verweisen und vom akademischen Studium fernzuhalten. Ferner sollen umfangreiche Schulungs- und Ausbildungsprogramme, wie Fernstudien, Abendkurse, die ohne Arbeitsunterbrechung durchgeführt werden können, zur Erhöhung der Qualifizierung der Arbeitskräfte beitragen.

Bei der Überwindung des Mangels an Arbeitskräften in den Ostgebieten der UdSSR betätigt sich vor allem der sowjetische Jugendverband, der „Komsomol“, indem er „Freiwilligenaktionen“ Jugendlicher organisiert, die sich zum Einsatz in den Ostgebieten und Neulandregionen verpflichten. Auf diese Weise sollen die dringend benötigten Arbeitskräfte für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Räume gewonnen werden. Ihre Rekrutierung ist wegen der schwierigen klimatischen Verhältnisse und der harten Lebensbedingungen besonders schwer. Nachdem Zwangsarbeiter nicht mehr in dem Maße wie früher zur Verfügung stehen, muß nunmehr auf den Idealismus und die Einsatzbereitschaft der Jugend zurückgegriffen werden.

Demselben Ziel dient in gewisser Weise die seit Anfang 1960 in Gang befindliche neuerliche vorzeitige Demobilisierung von 1,2 Mll. Sowjetsoldaten. Denn ein großer Teil von diesen, die auf Grund ihrer militärischen Ausbildung zumeist bereits eine technische Qualifizierung besitzen, verpflichtet sich, wie die Erfahrung der letzten Monate zeigt, „freiwillig“ zum Einsatz in den Ostgebieten. Die übrigen sind zur Auffüllung der technischen Kader im europäischen Teil der UdSSR höchst willkommen.

e) Oberstes Ziel: Erhöhung der Arbeitsproduktivität

Während noch unter Stalin der Produktionszuwachs vor allem durch Ausweitung und Neuerrichtung von Produktionskapazitäten angestrebt wurde, hat sich neuerdings das Schwergewicht aller Maßnahmen zur Hebung der Erzeugung auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität verlagert. Diesem Ziel dienen einmal alle Bestrebungen zur Einführung neuester technischer Verfahren und Einrichtungen, zur besseren Ausnutzung aller modernen wissenschaftlichen Erkenntnisse, zur Ausschöpfung aller Reserven und zur Senkung der Selbstkosten in der Sowjetwirtschaft. Zum anderen soll die ständige Erhöhung der Ausbildung und des Fachwissens der sowjetischen Arbeitnehmer die Erhöhung der Arbeitsproduktivität fördern. Welche Bedeutung diesen Problemen heute in der UdSSR zugemessen wird, erhellt daraus, daß sowohl das Juni-Plenum 1959 des Zentralkomitees der KPdSU als auch das Juli-Plenum sich fast ausschließlich mit ihnen befaßt haben.

Es ist bezeichnend für das sowjetische Wirtschaftssystem, daß sich solch hohe Gremien überhaupt um Fragen der Arbeitsproduktivität bemühen müssen. Im Westen sorgen der Markt und die Konkurrenz sowie die persönliche Initiative des Unternehmers im allgemeinen dafür, daß sich der technische Fortschritt durchsetzt und die Kosten auf ein Mindestmaß gesenkt werden. Im Osten ist jedoch das höchste Gebot des Wirtschaftens die Erfüllung des Plans, das durch die Einführung neuer Maschinen und Verfahren eher gestört als gefördert werden kann. Die Betriebsleiter neigen deshalb in der Sowjetunion im allgemeinen zum technischen Konservatismus und zum Behördengeist. Neben hochmodernen Werken und anerkanntswerten technischen Hochleistungen steht infolgedessen in der Sowjetunion die Masse der rückständigen und veralteten Betriebe. Zur Zeit werden nach amtlichen sowjetischen Angaben noch über 40 Prozent der Arbeiten in der Industrie der UdSSR ohne Verwendung von Maschinen ausgeführt.

Bislang wurde versucht, diesem Übel mit administrativen Maßnahmen, Ermahnungen und Strafandrohungen entgegenzusteuern. Neuerdings hat man erkannt, daß es auch hierbei vor allem auf die Hebung der Initiative des einzelnen sowie auf die Schaffung neuer Anreizmittel ankommt. Eine der wichtigsten Maßnahmen auf diesem Gebiet ist die ab Oktober 1960 vorgesehene Änderung des Prämiensystems in dem Sinne, daß nicht mehr wie bisher allein die Erhöhung der Qualität, sondern auch die Entwicklung neuer bzw. besserer technischer Verfahren und deren praktische Einführung prämiert werden sollen.

Eine andere wichtige Bestrebung der Sowjetführung ist auf die Hebung der fachlichen Qualifizierung der Arbeitskräfte ausgerichtet. Auf die Erziehungs- und Bildungsreform vom Dezember 1958 wurde bereits hingewiesen. Sie beabsichtigt, durch Polytechnisierung des theoretischen Unterrichts eine Ausweitung der praktischen technischen Ausbildung der Schüler zu erzielen. Die Kehrseite ist allerdings, daß infolge der mit der Reform verbundenen Erschwerung des Hochschulstudiums ein gewisses Absinken des akademischen Niveaus eintreten könnte.

Auch die oben behandelten Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung in der UdSSR, die z. T. weiter gehen als westliche Absichten auf diesem Gebiet, haben — wie sich immer stärker herauschält — u. a. den Zweck, den Arbeitnehmern in der Freizeit Gelegenheit zur Erhöhung ihrer Qualifizierung zu geben. Die starke Propagierung von Abendkursen, Fernstudium und sonstigen Mitteln zur Weiterbildung neben der Arbeit zeugen davon, daß von dieser Seite her ein immer stärkerer Druck auf die sowjetischen Arbeiter und Angestellten zur sinnvollen Ausgestaltung ihrer Freizeit ausgeübt werden soll.

Im übrigen sind die sowjetischen Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung, die im Westen viel Erstaunen und Unglauben hervorgerufen haben, selbst ein wichtiges Mittel zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Westliche Besucher sowjetischer Betriebe bestätigen im allgemeinen

deren Überbesetzung mit Arbeitskräften, vor allem mit unqualifizierten Arbeitern. Eine Verkürzung der Arbeitszeit kann deshalb unter sowjetischen Verhältnissen ein heilsamer Ansporn zur besseren Ausschöpfung aller Produktionsreserven der Unternehmen und zur rationelleren Organisation der Betriebe sein, womit zugleich der Weg für eine stärkere Mechanisierung und Modernisierung der Unternehmen bereitet wird.

Zusammenfassend können auch auf dem Gebiet der Arbeitsverhältnisse der UdSSR zwei gegensätzliche Tendenzen beobachtet werden. Einerseits sind die Bemühungen um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Qualifikation der Arbeitskräfte dazu bestimmt, der gestiegenen Bedeutung des arbeitenden Menschen in der modernen Industriegesellschaft gerecht zu werden und dadurch die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Auf der anderen Seite stehen aber Maßnahmen, wie die Beschneidung der Spitzenlöhne, die verstärkte Parteikontrolle in den Betrieben sowie die Beschränkung der freien Berufswahl für die Jugendlichen durch die Erziehungs- und Bildungsreform, welche die Bereitschaft der Betroffenen zur Mitarbeit und Übernahme von Verantwortung zwangsläufig dämpfen müssen. Bei den Leidtragenden handelt es sich in erster Linie um Angehörige der Intelligenz und deren Kinder, eine Schicht, auf deren bereitwillige Mitwirkung bei der wirtschaftlichen Fortentwicklung des Landes es aber in besonderem Maße ankommt.

7. Gesellschaftspolitische Nivellierung

Unter Stalin hatte sich durch die oben erwähnte starke Lohndifferenzierung und Verbürokratisierung der Staats- und Wirtschaftsverwaltung eine privilegierte Schicht der fachlichen Intelligenz herausgebildet. Sie strebte naturgemäß nach Ausbau und Festigung ihrer Positionen sowie nach Aufrechterhaltung der Privilegien für ihre Nachkommen. Nach Stalins Tod hatten besonders die Wirtschaftsführer im Zuge der notwendigen ökonomischen Reformen eine gewisse Machtstellung erlangen können, die aber — wie dargestellt — durch die Dezentralisierung und verstärkte Parteikontrolle wieder beschnitten wurde.

Nunmehr ist Chruschtschow bestrebt, die Unterschiede zwischen der Intelligenz und der Masse des Volkes allmählich wieder einzuebnen. Diesem Ziel dient vor allem die Erziehungs- und Bildungsreform Chruschtschows vom Dezember 1958, welche dahin tendiert, das Bildungsprivileg für die Kinder der oberen Schicht zu durchbrechen und die Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit zu verwischen. Durch frühzeitige Gewöhnung der Schüler an die praktische Arbeit, die im polytechnischen Unterricht mit der theoretischen Ausbildung gekoppelt

ist, soll diesen von vornherein die Abneigung gegen und die Verachtung für manuelle Arbeit genommen werden. Das Endziel dieser Entwicklung ist unverkennbar das marxistische Ideal des allseitig ausgebildeten Menschen, der seine Fähigkeiten und Neigungen jederzeit auf allen Gebieten zum Wohle der Gesamtheit einsetzen kann. Durch Erschwerung des Zugangs zur Hochschule soll ferner ein großer Teil der Nachkommenschaft der neuen Oberschicht von den akademischen Berufen ferngehalten und — wie erwähnt — in die mittleren fachlichen Berufe abgedrängt werden.

Es erübrigt sich, festzustellen, daß der Unwillen der Intelligenz über diese Absichten Chruschtschows beträchtlich ist, und es hat deshalb den Anschein, daß sich die Erziehungs- und Bildungsreform in der Durchführung beträchtliche Abstriche gefallen lassen muß.

Andererseits aber besteht auch kein Zweifel daran, daß die genannten Maßnahmen von der Masse des Volkes begrüßt werden, da sie ihnen wieder gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen gewähren und zum Abbau von höchst unbeliebten Privilegien der Stalinzeit beitragen.

8. Belegung der Wirtschaftstheorie

Eine der interessantesten Erscheinungen der Nachstalinzeit auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Renaissance der theoretischen Nationalökonomie in der Sowjetunion. Die Wirtschaftswissenschaften galten stets als eine der am stärksten dem marxistischen Dogma unterliegenden Disziplinen. Wissenschaftliche Diskussionen fanden nur über Randfragen statt, während die theoretischen Grundlagen des sowjetischen Wirtschaftssystems nicht berührt werden durften.

Bemerkenswerterweise entzündete sich die Debatte ab etwa 1956 an der Frage der Geltung des Wertgesetzes in der Übergangsperiode vom Sozialismus zum Kommunismus, d. h. der Wirksamkeit der Geld-Ware-Beziehungen und des Marktmechanismus in der genannten Epoche. Stalin hatte in seinem Vermächtnis, der Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, festgelegt, daß die Geld-Ware-Beziehungen schon in der Übergangsphase vom Sozialismus zum Kommunismus absterben müßten, um dem „direkten Produktaustausch“ im kommunistischen Endzustand Raum zu geben. Die nach Stalin entbrannte Diskussion über das Wertgesetz kam aber zu dem Ergebnis, daß die Geld-Ware-Beziehungen in der Übergangszeit nicht nur nicht absterben, sondern sich sogar zunächst noch weiter entfalten sollten, um durch die Stärkung der Produktivkräfte und durch die Erhöhung des

Produktionsniveaus um so eher die materiellen Voraussetzungen in Gestalt eines Überflusses an allen Produkten für den endgültigen Übergang zum Kommunismus zu schaffen. Im kommunistischen Endzustand würden dann die Geld-Ware-Beziehungen nach ihrer vollen Entfaltung im dialektischen Sprung absterben. Zwar gibt es auch gegenteilige Ansichten, aber die Mehrzahl der führenden Nationalökonomien der UdSSR bekennt sich zu der oben entwickelten These, die von der Parteiführung bislang nicht verworfen worden ist.

Deutlich macht sich in der neuen Theorie über die Geltung des Wertgesetzes in der Übergangsperiode vom Sozialismus zum Kommunismus der Einfluß des praktischen ökonomischen Denkens bemerkbar, das nach größerer Rentabilität und Elastizität im Wirtschaftsprozeß strebt. Die Auswirkungen einer konsequenten Anwendung des Wertgesetzes und der Geld-Ware-Beziehungen in der Praxis des sowjetischen Wirtschaftssystems wären allerdings beträchtlich. Sie würde eine Orientierung der Preise an den Kosten erfordern, was eine generelle Erhöhung der manipulierten und durchweg zu niedrigen Investitionsgüterpreise und eine Ermäßigung der durch die ausbeuterische Umsatzsteuer belasteten Konsumgüterpreise erfordern würde. Damit erst wären die Voraussetzungen für eine breitere Inangangsetzung des Marktmechanis-

mus gegeben, wobei die zentrale Rahmenplanung in entsprechender Form bestehen bleiben könnte.

Immerhin würden auf diese Weise zum ersten Mal seit Beginn der Industrialisierung und der Kollektivierung in der UdSSR die Grundlagen des sowjetischen Wirtschaftssystems angetastet. Denn es könnte nicht ausbleiben, daß bei Preisreformen oben genannten Ausmaßes die Proportionen in der Entstehung und Verwendung des Sozialproduktes in Richtung auf eine stärkere Berücksichtigung der Konsumgütererzeugung und -versorgung geändert werden müßten. Außerdem würde sich der Wirtschaftsapparat infolge größerer Bewegungsfreiheit dem staatlichen Zugriff stärker entziehen und somit nicht mehr wie noch heute vornehmlich für die Stärkung der wirtschaftlichen und militärischen Po-

tenz eingespannt werden können. Die Entwicklung würde etwa in Richtung auf die „sozialistische Marktwirtschaft“ Jugoslawiens verlaufen, mit größerer Selbständigkeit der Wirtschaftssubjekte und stärkerer Berücksichtigung der Verbraucherwünsche.

Es ist aber bezeichnend, daß vorläufig keinerlei Anzeichen dafür vorhanden sind, die eine breitere Anwendung der neuen nationalökonomischen Ideen in der Praxis des sowjetischen Wirtschaftssystems vermuten lassen könnten, abgesehen von Konzessionen auf einigen kleinen Teilbereichen. Trotzdem bleibt es bemerkenswert genug, daß die sowjetische Nationalökonomie sich in ihrer Diskussion soweit vorwagen konnte und von der Parteiführung bislang zu keinerlei Selbstkritik gezwungen wurde.

III. Schlußfolgerungen

Die geschilderten Maßnahmen und Ereignisse auf wirtschaftlichem Gebiet haben eine Fülle von heterogenen Entwicklungstendenzen in der nachstalinischen UdSSR erkennen lassen. Sie können im wesentlichen auf drei große Bewegungsrichtungen reduziert werden:

1. Durch zahlreiche wirtschaftliche Reformen, die einen Durchbruch ökonomischen pragmatischen Denkens bedeuten, ist es der Sowjetführung gelungen, das unter Stalin erstarrte Wirtschaftssystem elastischer und leistungsfähiger zu gestalten. Durch Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen war es zugleich möglich, die Bevölkerung zu größerer aktiver Mitarbeit und zu einer positiveren Haltung gegenüber dem System zu gewinnen. Es besteht kein Zweifel daran, daß sich das Wirtschaftspotential der Sowjetunion dadurch erhöht hat und die UdSSR als Machtfaktor gefährlicher geworden ist. Das um so mehr, als trotz aller Reformen die Grundlagen des sowjetischen Wirtschaftssystems, der Gemeinbesitz an Produktionsmitteln, die zentrale Planung, Lenkung und Kontrolle des Wirtschaftsablaufs sowie der Vorrang der Schwerindustrie vor der Konsumgütererzeugung in ihrem Kern nicht angetastet worden sind und damit die Voraussetzungen für eine Einspannung des Wirtschaftssystems für außerökonomische, machtpolitische Zwecke nach wie vor in vollem Maße gegeben sind.

Neuerdings macht sich zwar eine gewisse Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in der Sowjetunion bemerkbar, bedingt durch die zunehmende Reife und Kompliziertheit des Produktionsapparates, durch wachsende Kapitalknappheit und durch steigenden Mangel an mittleren Fachkräften, besonders in den Ostgebieten. Dennoch ist der absolute Produktionszuwachs noch immer sehr hoch. Mit der Erfüllung der wichtigsten Planziele des Siebenjahresplanes (1959 bis 1960) in der Grund- und Schwerindustrie muß gerechnet werden. Die sowjetische Ankündigung, bis etwa 1970 die am höchsten entwickelten „kapitalistischen“ Länder in der Pro-Kopf-Produktion einzuholen und zu überholen, entbehrt jedoch der ökonomischen Grundlage. Trotzdem ist das wirtschaftliche Wachstum in der Sowjetunion sehr ernst zu nehmen, da jeder Zuwachs in weit größerem Maße die machtpolitische Position der Sowjetunion stärkt, als das bei der staatsfreien Wirtschaft der westlichen Länder der Fall ist.

2. Die positiven Wirkungen, die das Vordringen ökonomischen pragmatischen Denkens für die Leistungskraft und Produktivität der sowjetischen Wirtschaft zur Folge hatte, werden durch Gegenbewegungen ideologisch-politischer Art gebremst und zum Teil wieder aufgehoben. Diese Gegenbewegungen setzten verstärkt nach der Festigung der Alleinherrschaft Chruschtschows im Sommer 1957 ein. Ihre Tendenz geht dahin, den Einfluß der Wirtschaftsführer und technischen Intelligenz zurückzudrängen und die Vorherrschaft und Kontrolle der Partei im wirtschaftlichen Bereich voll wiederherzustellen. Zugleich ist Chruschtschow bemüht, die Privilegien der unter Stalin herausgebildeten neuen Oberschicht wieder abzubauen und deren automatische Übertragung auf die Nachkommenschaft zu verhindern. Die Zurückdrängung der Wirtschafts-

führer und die Tendenzen zur Einebnung der Unterschiede zwischen den Bevölkerungsschichten stoßen naturgemäß auf den Widerstand der technischen Intelligenz und dämpfen ihre Bereitschaft zur Mitarbeit und Verantwortungsübernahme, was sich hindernd auf den wirtschaftlichen Fortschritt auswirken muß.

Über die ideologisch-politischen Tendenzen hinaus sind sogar Ansätze für eine neue revolutionäre Entwicklung vorhanden, die in manchem Ähnlichkeit mit der Stalinschen „Revolution von oben“ hat. Hierunter fallen u. a. die utopischen Ziele der Erziehungs- und Bildungsreform, so die gesellschaftspolitische Nivellierung, die Heranziehung eines neuen Menschentyps, dem die Arbeit das Hauptlebensbedürfnis bedeutet und der frei ist von den lasterhaften Überbleibseln des „Kapitalismus“, sowie die Verwischung der Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit.

Die genannten Ziele setzen in den meisten Fällen eine Änderung der Natur der Menschen voraus und dürften nach den Erfahrungen mit 40 Jahren Sowjetmacht nicht zu realisieren sein. Denn als der konstanteste Faktor in dem ständigen Umformungsprozeß des Sowjetsystems hat sich gerade der Mensch erwiesen. Trotzdem ist anzunehmen, daß Chruschtschow starr an den obengenannten Zielen festhält, da sie immanenter Bestandteil des Programms für den endgültigen Übergang zum Kommunismus, als dessen Vollstrecker er sich fühlt, sind. Die Folgen können nur neue Schwierigkeiten und innerpolitische Spannungen sein.

3. Neben diesen Schwierigkeiten, die aus subjektiven politisch-ideologischen Momenten herrühren, zeichnen sich objektive ökonomische Spannungsfaktoren in der Sowjetwirtschaft ab. Die Sowjetunion steht wirtschaftlich an einem Scheidewege, wofür die offene Diskussion der nationalökonomischen Fachwissenschaft in der UdSSR über die Geltung des Wertgesetzes in der Übergangsperiode vom Sozialismus zum Kommunismus ein untrügliches Indiz ist. Bislang war es möglich, bei allen wirtschaftlichen Reformen die Grundlagen des sowjetischen Wirtschaftssystems unangetastet zu lassen. Je weiter sich aber die sowjetische Wirtschaft, vor allem die Industrie, fortentwickelt, um so gebieterischer fordern die ökonomischen Gesichtspunkte eine entsprechende Berücksichtigung. Dabei handelt es sich u. a. um die Forderungen nach Wirtschaftlichkeit und Rentabilität, nach zureichender Koordinierung des Wirtschaftsprozesses, verbunden mit wachsender Arbeitsteilung und Spezialisierung innerhalb der Wirtschaft, ferner um die Notwendigkeit des ständigen Schritthaltens mit dem technischen Fortschritt in der gesamten Breite der Wirtschaft, nicht nur an einigen Schwerpunkten.

Zur Lösung dieser Aufgaben ist das sowjetische Wirtschaftssystem aber in seiner heutigen Form offenbar nicht mehr in ausreichendem Maße imstande. Das System besitzt z. B. in seiner jetzigen Form kein leistungsfähiges Instrument für eine zureichende Rentabilitätsmessung; und keine noch so verfeinerte Planungs-, Lenkungs- und Kontrollmethode ist in der Lage, die Koordinierung und das tägliche Zusammenspiel des Wirtschaftsablaufs in einer modernen komplizierten Industrie mit ihren millionenfachen Interdependenzen und Querverbindungen

ausreichend zu gewährleisten. Schließlich hat die Sowjetwirtschaft in ihrer heutigen Form bislang kein ausreichendes Mittel gefunden, um den Behördengeist zu überwinden und an Stelle des fehlenden Wettbewerbs ein anderes zureichendes Stimulans zur Aufrechterhaltung des technischen Fortschritts in jeder einzelnen Produktionssparte zu setzen.

Sicherlich wird die Sowjetunion imstande sein, weiterhin erhebliche Produktionszunahmen durch weitere Ausdehnung des Produktionsapparates und Erschließung neuer Rohstoff- und Energiequellen zu erreichen.

Auch die Rationalisierungsreserven der Sowjetwirtschaft sind noch beträchtlich, da sie bislang nur zu einem Teil ausgeschöpft sind. Aber je mehr sich die Sowjetwirtschaft auf diesem Wege fortentwickelt, wird es sich erweisen, daß einer echten Leistungssteigerung im Sinne einer Intensivierung des Produktionsprozesses Grenzen gesetzt sind, falls nicht echte Reformen in Angriff genommen werden, die auch vor den drei Grundprinzipien des sowjetischen Wirtschaftssystems, des Ge-

meinbesitzes an den Produktionsmitteln, der zentralen Planung, Lenkung und Kontrolle des Wirtschaftsprozesses sowie der forcierten Industrialisierung unter Bevorzugung der Schwerindustrie nicht Halt machen. Alle anderen Maßnahmen, mögen sie dem System auch im Augenblick neue Impulse vermitteln, können auf die Dauer nur ein Herumkurieren an den Symptomen bedeuten.

Der Ausweg aus dieser Sackgasse ist von den sowjetischen Wirtschaftswissenschaftlern bereits gewiesen worden: die volle Entfaltung der Geld-Ware-Beziehung, d. h. die Ingangsetzung des Marktmechanismus in großem Maßstab, nicht nur an einigen Stellen innerhalb der sowjetischen Wirtschaft. Voraussetzung dafür wäre aber eine generelle Preisreform und eine relative Vervollständigung der Unternehmen. Bislang sind aber in der sowjetischen Praxis keine Indizien zu beobachten, die auf eine solche Entwicklung schließen ließen. Im Gegenteil deuten die letzten Maßnahmen eher wieder auf eine Festigung des Dogmatismus im Wirtschaftsbereich hin.

PHILIPP FABRY

Die deutsch-russischen Beziehungen 1939-1941

Einleitung

Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, sich nachträglich noch einmal die Verwirrung der Weltöffentlichkeit vor Augen zu führen, die entstand, als es zum Abschluß des Paktes zwischen der UdSSR und dem Großdeutschen Reich am 23. 8. 1939 kam. Man kann sich heute kaum mehr vorstellen, wie sehr beide Systeme sich 6 Jahre hindurch gegenseitig beschimpft hatten (die heutige Ost-West Polemik ist dagegen nur ein schwacher Abklatsch). Leitartikel, Zeichnungen, Karikaturen und schließlich auch Sensationsberichte und Reden sprechen eine deutliche Sprache. Nun verbanden sich der „Erbfeind der europäischen Kultur“, die Sowjetunion und der „braune Mörderstaat“, um nur zwei der Schlagworte der gegenseitigen Propaganda zu gebrauchen, um das europäische Gleichgewicht, diese Idee einer in traditionellen Vorstellungen befangenen Diplomatie und damit Europa selbst aus den Angeln zu heben. Man „... begoß sich mit Kübeln von Jauche ...“¹⁾, um dann Gemeinsamkeiten gegenüber den „dekadenten westlichen Demokratien“ zu entdecken. Für den Historiker ist die Frage, wie die Publikationen zu diesem Thema zeigen, brennend, denn die Antwort gibt nicht mehr und nicht weniger als die Ursache zur Agonie Resteuropas, brennend insofern, zu erfahren, was den Anstoß zu diesem Teufelspakt geben konnte, wo die tieferen Ursachen lagen, was stark genug war, daß Hitler seine Rolle als europäischer Vorkämpfer gegen den Bolschewismus aufgab, daß Stalin dem Reich, seinem erklärten Gegner, die Hand zur Versöhnung reichen konnte. Der folgende Abschnitt wird zeigen, daß mehrere Faktoren zusammenkamen:

1. Das erklärte Mißtrauen Stalins gegenüber den Westmächten und ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der UdSSR. Stalin, der den Weltbrand kommen sah, glaubte, daß ihm von diesen die Rolle zugesprochen war, „... die Kastanien aus dem Feuer zu holen ...“²⁾

2. Die Notwendigkeit für die Sowjetunion, sich an eine bereits bestehende Mächtegruppe anzuschließen, um nicht außenpolitisch einsam zu bleiben. Die Jahre der Isolation waren noch nicht vergessen. Da die Westmächte, wie Stalin es empfand, unehrlich waren, außerdem nach Ansicht Stalins seit dem Debakel von München ihre Schwäche bewiesen hatten, konnte der politischen Lage entsprechend nur das Reich in Frage kommen, wobei die Frage vorläufig offen bleibt, ob er seinerseits vertragstreu bleiben wollte. Stalin war aber sicher vor einem deutschen Angriff, zumindest gewann er wertvolle Zeit.

3. Die Möglichkeit, durch eine Annäherung an Deutschland, die allerdings nicht zu weit gehen durfte, den Preis für diese Haltung fast nach Gutdünken festzusetzen. Denn erst die wohlwollende Haltung der

Sowjetunion versetzte Hitler in die Lage, seine Pläne zu verwirklichen, nun erst konnte er im Falle eines ausbrechenden Konflikts mit den Westmächten als gleichwertig gelten. Andererseits gelangte nun Stalin in den Besitz der Gebiete, die nach dem ersten Weltkrieg den Sowjets entrissen worden waren. Peter der Große hatte vor zweihundert Jahren blutig darum gekämpft, „... Stalin fielen sie jetzt durch den Vertragsabschluß mit Hitler kampflos in den Schoß ...“³⁾

4. Die Wahrscheinlichkeit, daß sich die kapitalistischen Mächte in dem zu erwartenden Konflikt soweit schwächen würden⁴⁾, daß die UdSSR im Hinblick auf ihre ideologischen und politischen Ziele jederzeit unangetastet das Schwergewicht ihrer gesamten Macht in die Waagschale werfen konnte, eine ideale Position für Erpressungsmanöver.

5. Die Erinnerung an eine Zeit der Zusammenarbeit mit Deutschland, in der beide Staaten sich bewußt waren, einen Weltkrieg verloren zu haben.

6. Die Notwendigkeit für Hitler, den Rücken freizuhaben, um seine Ziele erreichen zu können. Er war fest davon überzeugt, daß die Westmächte nicht eingreifen würden, um Polen zu retten, wenn die Sowjetunion neutral bliebe⁵⁾. In dieser Ansicht wurde er durch deutsche Sachverständige bestärkt, die eine Hilfeleistung der Westmächte wegen der mangelnden Landverbindung für unmöglich erklärten.

7. Nach Aussage der deutschen Wirtschaftsexperten verhinderte die sowjetische Unterstützung die noch vom ersten Weltkrieg her gefürchtete britische Blockade und stellte die Versorgung des Reiches mit kriegswichtigen Gütern sicher⁶⁾.

8. Moralisch bedeutete eine Duldung der Operationen gegen Polen oder sogar eine Beteiligung der Sowjetunion an der „Liquidierung“ dieses Staates für die deutsche Diplomatie eine fühlbare Entlastung. Konsequenterweise mußte die Garantie der Westmächte diese in einen Konflikt mit Stalin verwickeln, falls er als Komplize auftrat. Trat das nicht ein, sondern richteten sich die Aktionen Englands und Frankreichs diplomatisch und militärisch nur gegen Deutschland, so war die Weltöffentlichkeit schwer davon zu überzeugen, daß der Krieg wegen Polen geführt wurde. Er schien dann ausschließlich auf die Vernichtung des Großdeutschen Reiches gerichtet.

Wir werden sehen, inwieweit die beiderseitigen Hoffnungen in Erfüllung gingen.

3) Hilger a.a.O. S. 289.

4) Siehe hierzu Deutsch, Harold C. Strange interlude, The Soviet Nazi liaison of 1939-1941, in: Historian 9/1946/47.

5) Das war sein Hauptargument gegenüber den Generälen, die vor dem Potential der übermächtigen Gegner warnten.

6) S. o.

1) Stalin zu Ribbentrop anlässlich des Paktabschlusses am 23. 8. 1939, als dieser ein zu überschwengliches Communiqué über die deutsch-sowjetische Freundschaft herausgeben wollte, Hilger, G., Wir und der Kreml, Ffm-Berlin 1956, S. 290.

2) Stalin in der Rede vom 10. 3. 1939.

Vorspiel

Nach dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei, im März 1939, ergab sich für die übrigen europäischen Großmächte die Notwendigkeit, ihre Abwehrmaßnahmen gegenüber dem deutschen Vordringen zu konsolidieren. Es war deutlich geworden, daß das Reich versuchte, für die kommende Auseinandersetzung sich in die denkbar stärkste Ausgangsposition zu setzen. Hierbei war es sogar bereit, das Odium des Vertragsbruches und der Unterdrückung völkischer Minderheiten auf sich zu nehmen. Zum ersten Mal hatte Hitler den sicheren Boden verlassen, der ihm sogar stillschweigende Duldung der Westmächte eingebracht hatte: die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, die vernünftige Revision angetanen Unrechts und der Wunsch der europäischen Völker, Frieden zu bewahren und sich nicht wegen des Begehrens der Deutschen Irredenta, „Heim ins Reich“ zu gelangen, aufzuopfern. Nun war auch klar geworden, daß, so berechtigt dieser deutsche Standpunkt erschien, die Befriedungspolitik zu einer Lage führte, in der man, um in Frieden zu leben, von der Gnade Hitlers leben mußte. Das deutsche Reich bildete nunmehr eine gewaltige geballte Macht in Mitteleuropa; die von der Entente eingebauten Sicherungen gegen diese Konsolidierung, vor allem die CSR, waren durchgebrannt.

Gleichzeitig mit dem strategischen Debakel erwuchs den Westmächten aber auch ein psychologisches. Denn bereits seit München gaben sich Hitler und die Weltöffentlichkeit der verhängnisvollen Annahme hin, England und Frankreich seien schwach und nicht gewillt, außer mit papiernen Protesten etwas gegen das Reich zu unternehmen. Die Märzereignisse 1939 konnten diesen Eindruck nur verstärken. Auch Stalin hatte die Lektion nicht vergessen. Unter dem Eindruck des deutschen Einmarsches in die CSR, im März 1939, kam es zu einer Anfrage der britischen Regierung in Paris, Moskau und Warschau, ob die Regierungen dieser Staaten bereit seien, im Falle der Bedrohung der Unabhängigkeit eines europäischen Staates gemeinsam zu den Waffen zu greifen⁷⁾. Daß dieser Versuch fehlschlug, ist neben anderen Faktoren, von denen noch die Rede sein wird, auf das verächtliche Mißtrauen der Sowjetunion zurückzuführen, die von der Schwäche der Westmächte und ihrem mangelnden Willen zum Krieg zutiefst überzeugt war.

Wann beginnt die erste Fühlungnahme der beiden autoritären Staaten? Es scheint, als ob die Initiative von Stalin ausging, der in ständiger Sorge wegen des Wiedererstarkens Deutschlands lebte, zumal die Berliner Regierung nach der Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten laut genug erklärte, daß ihr Weltfeind Nr. 1 der Bolschewismus sei. Offiziell konnte aber der Versuch einer Einigung nicht erfolgen, wenn sich die Sowjetunion nicht des Vorwurfs der Schwäche aussetzen wollte. So ergibt sich das einigermaßen verwirrende Bild, daß die offiziellen Vertreter der Sowjetdiplomatie nach wie vor eisige Mienen zur Schau trugen; die wirkliche Arbeit aber wurde von Personen geleistet, deren untergeordneter Rang in keinem Verhältnis zu der Wichtigkeit der Aufgabe stand. In Berlin soll es denn auch der Handelsvertreter, langes Leiter der sowjetischen Handelsdelegation, David Kandeliki gewesen sein, der, ein persönlicher Freund Stalins, von diesem im Jahre 1936 den Auftrag erhalten haben soll, „... um jeden Preis ein harmonisches Verhältnis zu Hitler herzustellen.“⁸⁾ Sollte das stimmen, so hätten wir hier den ersten Anhaltspunkt für die russische Bereitschaft, dem deutschen Anerbieten zu folgen. Nichts aber an dieser Nachricht widerspricht den staatspolitischen Interessen der UdSSR. Hitler soll aber diese ausgestreckte Hand im April 1937 zurückgewiesen haben; offenbar war er zu diesem Zeitpunkt noch nicht bereit, seine Ideologie den politischen Realitäten zu opfern⁹⁾. Die Hoffnung, mit England zu einem Agreement zu kommen, war zu diesem Zeitpunkt noch durchaus berechtigt¹⁰⁾.

7) Seidl, A. Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939—1941, Tübingen 1949, S. III.

8) Rossi, A. Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis, Köln-Berlin 1954, S. 13. Leider versäumt der Verfasser, seine Quelle anzugeben.

9) Am 25. 11. 1936 wurde der Antikominternpakt zwischen Deutschland und Japan abgeschlossen.

10) Am 19. 11. 1936 besuchte Lord Halifax Hitler. Er erklärte, „... daß (der Führer) durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne.“ Protokoll der Unterredung Hitler—Lord Halifax in: Akten zur deutschen Außenpolitik 1918—1945, Baden-Baden 1950 Serie D Bd. 1 S. 47. In Zukunft zitiert AdAP.

Das für den europäischen Frieden so verhängnisvolle Jahr 1938 sollte auch in dieser Hinsicht einen Wandel bringen. Die bange Frage aller Friedenswilligen war, ob sich Deutschland mit seinem inneren Aufbau zufriedengeben würde oder ob sich nicht, wie es die Logik zu gebieten schien, hinter der wirtschaftlichen Erstarbung die geplante Expansion verberge. Die Eingliederung Österreichs, mochte man gegen die Methoden auch viel einwenden können, stand auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Auch bei dem beginnenden Konflikt um die Einbeziehung der Sudetendeutschen berief sich Hitler hierauf, aber es war deutlich, daß mehr auf dem Spiel stand als dieses Prinzip. Die Frage war, ob die Westmächte mit der Preisgabe der CSR selbst ihrem Sicherheitssystem in Mitteleuropa, das der Verewigung des Versailler Vertrages dienen sollte, den Todesstoß versetzen konnten. Wo waren die Grenzen? Die Kausalkette lief ab mit einer schicksalhaften Notwendigkeit, wenn man nicht den Sperrhebel, eben die Tschechoslowakei, um jeden Preis in der Hand behielt. Aber eins war klar: Nur die Sowjetunion war in der Lage, diesen Staat zu unterstützen, ihn bei der Verteidigung mit Streitkräften unter die Arme zu greifen. Jede noch so energische Aktion der Entente konnte seine Niederlage vielleicht, wenn man siegreich blieb, revidieren, aber sie nicht verhindern. Nun sah das kunstvolle Gebäude der westlich orientierten Bündnissysteme zwar vor, daß die UdSSR die CSR bei einem Angriff einer fremden Macht unterstützen sollte, aber das galt nur für den Fall, daß auch Frankreich zu den Waffen griff¹¹⁾. Andererseits bestand aber eine zusätzliche Bekräftigung dieses Paktes in dem wenige Tage zuvor abgeschlossenen sowjetisch-französischen Beistandspakt¹²⁾. Trotzdem wurde Stalin das Gefühl nicht los, daß es so kommen könne, wie er es am meisten fürchtete, daß nämlich Rußland von Frankreich im Stich gelassen werden würde und dann allein den Ansturm Deutschlands auszuhalten habe. Daß Stalin aber der einzige war, der bereit war, für den Vielvölkerstaat das Schwert zu ziehen, werden wir sehen.

Aber gerade zu dieser Zeit gewann ein Schreckgespenst Einfluß auf die französische Politik: Das Gespenst einer deutsch-russischen Verständigung. Schon am 28. Februar 1938 teilte das deutsche Auswärtige Amt den Botschaften in London, Paris und Moskau und den Gesandtschaften in Brüssel und Prag mit, daß ein Mitglied der französischen Botschaft in Berlin einem Angehörigen des Auswärtigen Amtes gegenüber betont habe, für die Republik ergebe sich die Notwendigkeit, am „Russensbündnis“ vom Mai 1935 festzuhalten, weil sonst Deutschland an Frankreichs Stelle trete¹³⁾! Als Beweis dafür führte der Franzose die Tuchaschewskiaffäre an¹⁴⁾. Das deutsche Auswärtige Amt ist zu diesem Zeitpunkt der Ansicht, daß Litwinow, der sowjetische Außenkommissar, diese Gerüchte in die Welt setze, um eine „Aktivierung der Beziehungen zu Frankreich zu erreichen“¹⁵⁾. Weizsäcker dementiert denn auch derartige Gerüchte kategorisch und weist auf die Hitlerrede vom 20. Februar 1938 hin, in der des Reichskanzlers Ansichten über Sowjetrußland genügend deutlich zum Ausdruck gekommen seien. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß Rußland mit diesen Gerüchten in Berlin vorfühlen wollte. Dafür spricht, daß Coulondre, zu dieser Zeit französischer Botschafter in Moskau, seine Regierung in Paris wegen diesen Nachrichten „alarmiert“; für ihn steht fest, daß „Moskau in den Vorkriegsjahren ohne Unterbrechung in Berlin verhandelt hat“¹⁶⁾. Quel-

11) Am 2. 5. 1935 war der sowjetisch-tschechische Beistandspakt abgeschlossen worden. Aber eine Klausel besagte, daß eine Hilfe der Sowjetunion nur in Frage komme, wenn Frankreich die CSR unterstütze.

12) S. o.

13) Das Auswärtige Amt durch Staatssekretär v. Weizsäcker an die genannten Missionen, AdAP Serie D Bd. II Nr. 64 S. 117.

14) Es wurde damals behauptet, Marshall Tuchatschewski sei auf Grund einer Intrige der SS, vornehmlich Heydrichs, hingerichtet worden. Man soll Stalin gefälschte Dokumente in die Hände gespielt haben. Die Quellen saßen darüber vorläufig nichts Entscheidendes aus.

15) Vgl. Anmerkung 13.

16) Coulondre, R., Von Moskau nach Berlin, 1936—39, Bonn 1950, S. 180. Er zitiert den amerikanischen Botschafter Bullitt als Gewährsmann. In Washington sei man sich dessen sicher gewesen. Coulondre sieht als Symptom die Tatsache an, daß der deutsche Militärattaché 1937 von Woroschilow freundlicher als er behandelt worden sei. Allerdings habe Tuchatschewskis Komplott oder „... eine Änderung der Gefühle Hitlers ...“ zu einer Unterbrechung dieser Gespräche geführt. Man kann annehmen, daß Woroschilow bewußt den Militärattaché auszeichnete, um ins Gespräch zu kommen. Jedenfalls hatte die Alarmmeldung Coulondres die oben angeführte Aufregung zur Folge.

lenmäßig ist diese Nachricht mit dieser Entschiedenheit nicht zu bestätigen, aber die heraufziehende Sudetenkrise enthebt uns weiterer Spekulationen. Sie beeinträchtigt die offiziellen Beziehungen der beiden Staaten so entscheidend, daß kein Raum mehr für derartige Hypothesen übrig zu bleiben scheint. Litwinow erklärt am 17. März 1938, die Sowjetunion sei bereit, sich an Kollektivverhandlungen zum Schutz gegen Aggressoren zu beteiligen¹⁷⁾.

Das wird ihm schwergefallen sein, denn noch am 22. Januar 1938 hatte der Generalstab der CSR den Vorschlag der Roten Armee abgelehnt, eine gemeinsame Kommission zur Prüfung der Verteidigungsmöglichkeiten Böhmens, Mährens und der Slowakei gegen einen deutschen Angriff einzusetzen¹⁸⁾. Diese auf den ersten Blick unverständliche Haltung eines Staates, dem an der Unterstützung eines starken Freundes unter den strategischen Gegebenheiten gelegen sein mußte, erklärt sich bald genug. Man muß sich die Lage der in Versailles geschaffenen Randstaaten gegenüber der UdSSR vor Augen halten. Denn Polen und die Tschechoslowakei starren wie gebannt auf die geringste Bewegung des russischen Bären, sie fürchten um Teile ihres Gebietes, sobald Stalin „zu Hilfe kommt“. Denn auch in Prag wußte man, daß das Problem der Carpatho-Ukraine bestand, in Warschau rechnete man mit dem Versuch der Russen, die Curzonlinie zu erreichen¹⁹⁾. Und was Rumänien anbetrifft, so bildete die Bessarabienfrage einen Stein des Anstoßes, der Bukarest in ewiger Furcht vor russischen Revisionsgelüsten hielt²⁰⁾. Aber gerade von Polen und Rumänien hing eine wirksame Unterstützung der CSR ab, nur durch ihr Gebiet konnte die russische Hilfe wirksam werden. Aber beide Staaten wußten nur zu gut, oder glaubten zu wissen, daß die Sowjetunion nicht mehr aus den von ihr besetzten strittigen Gebieten vertrieben werden konnte. Auch die Westmächte wissen Bescheid, vor allem Frankreich, während England sich zurückhält. Verzweifelt bemühen sich die französischen Diplomaten, beide Länder zur Genehmigung des russischen Durchmarsches zu veranlassen²¹⁾. Polen aber erklärt geradezu, daß es kämpfen werde, falls die Rote Armee die polnische Grenze überschreite; Rumänien lehnt zwar freundlicher, aber doch entschieden genug die Anfrage ab. Zu welch grotesken Plänen diese Sachlage den französischen Außenminister Bonnet veranlaßte, zeigt der in allem Ernst Moskau unterbreitete Plan, auch ohne Zustimmung Polens und der CSR nach Westen zu marschieren²²⁾. Die Falle von Versailles war zugeschnappt, die Beute aber war genau das Gegenteil von dem Fang, den man erwartet hatte. Die Stimmung in Paris wurde auch nicht besser, als bekannt wurde, daß Litwinow die Hilfeleistung für Prag als selbstverständlich betrachte, immer unter der Voraussetzung, daß die Rote Armee marschieren könne²³⁾. Ende April sickern Gerüchte durch, daß Rumänien ernsthaft mit der Sowjetunion über dieses Problem verhandele²⁴⁾. Die Reaktion der deutschen Reichsregierung ist bezeichnend. Am 30. April fragt sie offiziell in Bukarest an, was es mit den Gerüchten über diese Verhandlungen auf sich habe²⁵⁾. Der rumänische Außenminister Comnen dementiert zwar dem deutschen Gesandten Fabricius gegenüber diese Nachrichten, aber man gibt zu, daß 7 russische Bomber unbewaffnet nach Prag geflogen und mit rumänischer Erlaubnis auf rumänischem Boden zwischengelandet seien²⁶⁾. Die deutsche Stimmung gegenüber

der Sowjetunion kommt denn auch am 3.—9. Mai 1938, beim Staatsbesuch Hitlers in Rom, schroff zum Ausdruck. Am 6. Mai nämlich erklärt v. Ribbentrop seinem Kollegen Ciano, man müsse die Sowjetunion mit Unterstützung Japans vernichten²⁷⁾. Ob in dieser Äußerung des Reichsaußenministers die Anstrengungen Litwinows um Durchmarscherlaubnis der Roten Armee ihren Niederschlag finden? Es scheint so, denn Rußland bemüht sich wirklich intensiv. Am 12. Mai fragt Moskau wieder in Paris an, ob Frankreich nicht in dieser Angelegenheit auf Polen und Rumänien einwirken könne; aber die Antwort Comnens an Paris ist wieder negativ²⁸⁾. Auch Bonnet vermag, als er am 22. Mai erneut in Bukarest drängt, nicht mehr zu erreichen²⁹⁾. Rumänien weist auf das polnische Verhalten hin.

Als am 20. Mai 1938 die Tschechoslowakei mobilisiert, obwohl das Deutsche Reich zu diesem Zeitpunkt keinerlei militärische Maßnahmen, die ein Angriffsunternehmen einleiten konnten, vorbereitete, stand die Entscheidung über Krieg und Frieden auf des Messers Schneide. Wir wissen heute, daß Hitler durch das Triumphgeschrei der Weltpresse, er sei vor dieser entschlossenen Haltung Beneschs zurückgewichen, aufs äußerste gereizt wurde und die Vernichtung des Staates, der es gewagt hatte ihn zu provozieren, als Prestigefrage aufzufassen begann. Es scheint müßig zu sein, in dieser Zeit in den Quellen nach Anzeichen einer deutsch-russischen Verständigung zu suchen. Und dennoch wollen die Gerüchte darüber auch zu diesem Zeitpunkt nicht verstummen. Schon der Ton, mit dem sich der neuernannte russische Botschafter in Berlin, Merekaloff, am 16. Juni 1938 in Moskau von Graf von der Schulenburg verabschiedete, muß Erstaunen erregen. Er spricht ausdrücklich davon, daß die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion wachsen und sich festigen würden³⁰⁾. Selbst diese formelhafte Wendung, die auch sonst bei derartigen Gelegenheiten üblich ist, war für den Tiefpunkt des Verhältnisses beider Staaten zuviel, wenn man nicht hinter ihr die Unsicherheit der Sowjetregierung über die Lage, wie wir sie oben skizziert haben, sehen will. Dazu paßt auch, daß die Sowjetunion eine Nachricht des Journalisten Knickerbocker aus Prag, der im Juli 1938 ausdrücklich von einem bevorstehenden deutsch-sowjetischen Paktabschluß wissen will, nicht etwa entrüstet dementiert, sondern erklärt, daß jeder deutsche Vorschlag, der den Weltfrieden fördere, in Moskau willkommen sein werde³¹⁾. Diese Formulierung verdient Aufmerksamkeit, denn ähnlich begründete ein Jahr später Stalin den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt³²⁾. Und auch in Paris, durch die Cassandrarufe Coulondres aufgeschreckt, lanciert die französische Regierung einen Artikel in der „Revue des Deux Mondes“ vom 1. Juli, in dem gesagt wird, daß nach wie vor Frankreich eine solche Möglichkeit wie ein deutsch-russisches Übereinkommen fürchtet und für realisierbar hält³³⁾. So ist die Eile verständlich, mit der Bonnet versucht, vollendete Tatsachen zu schaffen, das heißt nun aber, die UdSSR in den sich abzeichnenden Konflikt zu verstricken. Und das wieder scheint an der Haltung Polens und Rumäniens zu scheitern. Aber wies

17) AdAP Serie D Bd. II S. 141.

18) ebda S. 130.

19) S. o.

20) Vgl. die Lage bei der Polenkrise! (S. o.).

21) Bonnet, G., Vor der Katastrophe, Köln 1951, S. 20 ff. Hillgruber, A., Hitler, König Carol und Marschall Antonescu, Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938—1944, Wiesbaden 1954, S. 18 ff. Das Werk gibt einen vorzüglichen Einblick in die verwickelte rumänische Politik.

22) Bonnet a.a.O. S. 66. Zu welchen Ergebnissen eine derartige Aktion geführt hätte, bedarf keiner Frage. Wir werden aber sehen, daß Frankreich ein Jahr später den gleichen Standpunkt bei der Garantie der baltischen Staaten verfiel.

23) ebda S. 53.

24) Hillgruber a.a.O. S. 18.

25) ebda.

26) ebda. Wir werden den russischen Flugzeugen wieder begegnen, als Frankreich versucht, den Durchmarsch von Landtruppen durch eine Art Luftbrücke zu ersetzen.

27) Ciano, Galezzo, Tagebücher 1937/38, Hamburg 1949, S. 157. Der italienische Außenminister will diese Äußerung Ribbentrops nicht ernstgenommen haben. Dem widerspricht, daß Botschafter v. Mackensen am 20. 4. 1938 dem Reichsaußenminister die Gedanken des Palazzo Chigi in Rom dahingehend entwickelt, daß man dort die deutsche Expansion auf zwei Wege für möglich halte, gegen die Sowjetunion oder über Konstantinopel zum persischen Golf. „Wählt Deutschland den ersten Weg, so können keine Gegensätze und auch kein Überschneiden der Interessen erwartet werden.“ (!) Der zweite Weg aber könne zu „... einer Gemeinschaft gestörter Interessen...“ führen, AdAP Serie D Bd. I Nr. 145 S. 878. Es ist merkwürdig, daß Ciano von dieser politischen Konzeption nichts gewußt haben soll. Überhaupt sind seine Tagebücher mit Vorsicht zu benutzen.

28) Hillgruber a.a.O. S. 19.

29) ebda.

30) AdAP Serie D Bd. I S. 746 Nr. 647, Bericht von der Schulenburgs an das Auswärtige Amt.

31) AdAP Nr. 626 S. 747 v. d. Schulenburg an Staatssekretär v. Weizsäcker. Auf eine entsprechende Anfrage des amerikanischen Geschäftsträgers Kirk erwidert Graf v. d. Schulenburg, die deutsche Haltung gegenüber dem Bolschewismus sei genügend bekannt.

32) S. o.

33) Bericht des Grafen Welcek, deutscher Botschafter in Paris, vom 6. 7. 1938, AdAP Serie D Bd. I Nr. 631 S. 755.

nicht die oben erwähnte Überführung russischer Flugzeuge nach Prag einen gangbaren Weg unter Umgehung des Durchmarsches von Landtruppen? Und schien nicht die rumänische Haltung in diesem Fall sehr entgegenkommend? Daß diese Möglichkeit auch in Prag, wohl auf französische Vorstellungen hin, geprüft wurde, zeigen die Gerüchte, die über diese Angelegenheit in der Stadt kursieren und sogar in die offiziellen Berichte des deutschen Gesandten in der CSR Eingang fanden. So sollen am 21. Mai, also auf dem Höhepunkt der „Maikrise“ 2000 russische Flugzeuge in der Sowjetunion startbereit gewesen sein³⁴⁾. Außerdem sollen sich bereits 400 russische Flugzeuge in der Tschechoslowakei befinden, deren Besatzungen in die tschechische Armee aufgenommen worden seien³⁵⁾. Die Wirklichkeit aber sieht anders aus: Der rumänische König lehnt das Ansinnen Beneschs, einer Luftbrücke in dem notwendigen Umfang zuzustimmen, rundweg ab³⁶⁾.

Eine gewisse Unsicherheit der russischen Regierung kann also festgestellt werden. Während sie ständig ihre Bereitschaft zur Unterstützung der Tschechoslowakei erklärt, lassen gewisse Bemerkungen und Handlungen von sowjetischen Politikern den Schluß zu, daß ihr an einem Ausgleich mit Deutschland sehr gelegen ist³⁷⁾. Ihr Pochen auf Bündnistreue war einigermaßen risikolos, denn man wußte natürlich im Kreml ganz genau, daß Polen und Rumänien den Durchmarsch sowjetischer Truppen verweigern würden. Ein schönes Beispiel für diese Haltung der UdSSR finden wir in den letzten Augusttagen des Jahres, als der rumänische Außenminister Comnen endlich den Wünschen Prags Rechnung zu tragen scheint. Die Anzeichen einer akuten Krise waren so deutlich geworden, daß die ganze Welt mit einem Krieg zu rechnen begann, und jede Hilfe, so gering sie auch sein mochte, war für Benesch wertvoll. Als der Außenminister der CSR, Krofta, in Bukarest erneut wegen der Möglichkeit einer Luftbrücke vorstellig wird, erklärt Comnen, daß Rumänien zwar protestieren werde, wenn die Sowjetunion rumänisches Gebiet überfliegen werde, im übrigen aber beide Augen zudrücken wolle³⁸⁾. Diese Haltung der rumänischen Regierung wurde schnell bekannt, und der deutsche Geschäftsträger in Bukarest berichtet am 9.

September, Rumänien habe dem unbewaffneten Lufttransport russischer Flugzeuge ausdrücklich zugestimmt³⁹⁾. Dies traf zwar nicht zu, aber immerhin bedeutete die rumänische Antwort stillschweigende Duldung, und das war in dieser prekären Situation schon viel. Wer aber nun annimmt, daß Stalin diese Gelegenheit eifrig genutzt hätte, sieht sich enttäuscht. Er verlangt eine formelle Zustimmung der rumänischen Regierung, mit der unter den Umständen überhaupt nicht gerechnet werden konnte, und als diese erwartungsgemäß ausbleibt, beschränkt er sich darauf, Litwinow an den Völkerbund appellieren zu lassen⁴⁰⁾. Die Ablehnung ihrer Forderung durch Rumänien bot eben der UdSSR eine Handhabe, nicht zu helfen; die Ernsthaftigkeit aller anderen Anstrengungen wird dadurch äußerst fragwürdig. Es muß aber zugegeben werden, daß die Haltung der Sowjetunion in den Augen der Weltöffentlichkeit gerechtfertigt war.

Mit einem letzten Appell Bonnets an die rumänische Regierung am 11. September, dem Durchmarsch der Roten Armee zuzustimmen und einer erneuten Weigerung Comnens geht diese Phase zu Ende. Deutlich sagt der rumänische Außenminister, daß seine Regierung in diesem Fall mit dem Verlust Bessarabiens, ja sogar mit einem Umsturzversuch rechnen müsse⁴¹⁾.

Die Konferenz von München findet am 29. September statt. Die Großmächte einigen sich, die UdSSR allerdings ist nicht geladen. Und sollte ihre Einstellung gegenüber den Westmächten im Jahre 1938 auch vom Mißtrauen diktiert worden sein, sollte Litwinow mit seinem System der kollektiven Sicherheit wenigstens ein Ohr Stalins besessen haben, eins war sicher: die Sowjetregierung hatte sich außenpolitisch neu zu orientieren. Sie stand an einem Scheidewege. Wenn wir Coulondre glauben dürfen, so war ein führender Politiker der Sowjetunion schon über diesen Punkt hinaus und wußte um den neuen Kurs. Potemkin sagt am 4. Oktober 1938 zu dem französischen Botschafter: „*Mein armer Freund, was habt ihr da angestellt? Für uns sehe ich keine andere Lösung mehr als die 4. Teilung Polens.*“⁴²⁾

Ergebnisse

Wir glauben, daß nach der vorstehenden Untersuchung, die bewußt das tschechoslowakische Problem ausführlicher behandelte, festgehalten zu werden verdient, daß auch in einer Zeit, in der man bisher nicht mit Anzeichen einer deutsch-russischen Verständigung rechnen zu müssen glaubte, die Politiker der UdSSR bereits diese Möglichkeit in Erwägung zogen, wenn nicht sogar darauf hinarbeiteten. Deutlich ist aus den wenigen, aber einwandfreien Beispielen zu ersehen, daß Rußland jede Gelegenheit, entschieden von Gerüchten über einen bevorstehenden Pakt mit Hitler abzurücken, nicht nur ungenutzt vorübergehen läßt, sondern sogar durch unklare Formulierungen weitere Verwirrung schafft. Gelegentlich geht diese Taktik so weit, daß offiziellen Vertretern des Deut-

schen Reiches gegenüber eine Änderung der russischen Politik angedeutet wird, falls Deutschland will. Deutschland aber weist jeden derartigen Versuch in statu nascendi zurück oder nimmt überhaupt keine Notiz davon. Denn im Gegensatz zur Polenkrise, im Jahre 1939, waren die Vorteile, die ein Paktabschluß mit Stalin bot, gering, die ideologischen Bedenken wogen weitaus schwerer. Wer weiß, wie sehr das Gefühl, im Reich Hitlers ein Bollwerk gegen den Bolschewismus zu besitzen, die Engländer veranlaßte, ihm Konzessionen zu machen? Lord Halifax ist nicht das einzige Beispiel dafür. Die Sowjetunion war kein Nachbar der CSR, sie konnte ohne Übereinkommen mit Polen und Rumänien nicht marschieren, bei deren bekannter Haltung war sie keine unmittelbare Gefahr. Andererseits erwachsen Stalin aus dem Vorgehen Hitlers keine wesentlichen Nachteile, sie waren jedenfalls nicht so groß, daß Stalin einen Alleingang riskieren konnte. Polen aber, in unbegreiflicher Verblendung, leistete Hitler Schützenhilfe in der Hoffnung, an der Beute beteiligt zu werden.

Für Stalin war das französische Ansinnen äußerst verdächtig; was konnte nicht alles geschehen? Rußland hält auch 1938 alle Türen zu einer Verständigung mit Deutschland offen. Das Deutsche Reich aber ignoriert sie vollständig.

34) Bericht des deutschen Gesandten in Prag vom 16. 5. 1938, AdAP Serie D Bd. II Nr. 239 S. 390.

35) ebda.

36) Hillgruber a.a.O. S. 20.

37) Bezeichnend ist eine Bemerkung Litwinows, die dieser gegenüber Graf v. d. Schulenburg an diesem Tage in einem Gespräch macht: „Wenn noch das alte demokratische Deutschland vorhanden wäre, hätte die tschechische Frage für die Sowjetunion ein ganz anderes Gesicht. Wir sind stets für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eingetreten.“ AdAP Serie D Bd. II Nr. 381 S. 482. Aufzeichnung Schulenburgs nach dem Gespräch. Die Äußerung Litwinows kann doch nur bedeuten, daß im Falle einer anderen Außenpolitik des deutschen Reiches gegenüber Rußland, entsprechend eben der der Weimarer Republik, eine positive Haltung der UdSSR wahrscheinlich sei. Denn es ist kaum anzunehmen, daß Litwinow als sowjetischer Außenkommissar sich zum Wächter demokratischer Tugenden im Reich ausersehen glaubte.

38) Hillgruber a.a.O. S. 20.

39) AdAP Serie D Bd. II Nr. 445 S. 557, Bericht des Geschäftsträgers an das Auswärtige Amt.

40) Hillgruber ebda.

41) Hillgruber a.a.O. S. 21.

42) Coulondre a.a.O. S. 239 f.

Das Eis bricht

Die maßgebenden Historiker sind sich darin einig, daß erst nach dem Münchener Abkommen von einer beginnenden Annäherung gesprochen werden kann⁴³). Wir haben die Gründe dafür bereits dargelegt; es darf aber nicht vergessen werden, daß, wie wir gesehen haben, eine gewisse Bereitwilligkeit der Sowjetunion schon vorher bestand. Die Haltung des Deutschen Reiches aber war brüsk ablehnend. Wenn es also nach München zu einer Tauwetterperiode kommt, dann beruht das nicht zuletzt darauf, daß auch Hitler sich mehr und mehr mit der Tatsache vertraut machen mußte, daß die Münchener Konferenz keineswegs für ihn „pleinpouvoir“ bedeutete. Das in seinen Augen unehrliche Handeln Großbritanniens, das unmittelbar nach der Aussprache der führenden Staatsmänner fieberhaft aufzurüsten begann, schien ihm zu beweisen, daß die Westmächte nur Zeit gewinnen wollten, in Wirklichkeit aber mit einer endgültigen Auseinandersetzung rechneten. Das zwang ihn zu äußerster Vorsicht, sonst war, wenn die Sowjetunion feindselig blieb, der von ihm als dilettantisch angeprangerte Zweifrontenkrieg Wirklichkeit. Im Falle der Auseinandersetzung mit England und Frankreich war allerdings auch die Resttschechei ein Gefahrenherd ersten Ranges, und ihre „Liquidierung“ wurde in seinen Augen zu einer strategischen Notwendigkeit. Das aber wiederum konnte die Sowjetunion nicht gleichgültig lassen, denn die Karpatho-Ukraine, von anderen Gesichtspunkten zu schweigen, war für Moskau ein heißes Eisen. Daß dieses Problem allgemein überschätzt wurde, zeigte sich erst später.

Es ist nun nicht so, als wenn die Neuorientierung der deutschen Politik gegenüber der UdSSR im Herbst 1938 bewußt vollzogen wurde, vielmehr geschieht dies wohl mehr emotional, dem Charakter des deutschen Staatschefs adäquat. Man kann also mit Recht sagen, daß der Verständigungswille in Berlin allmählich gewachsen ist⁴⁴). Prüfstein für den Ernst beider Seiten, zu einer Übereinkunft zu gelangen, mußten die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen sein, die bereits im März 1938, soweit sie einen neuen Warenkredit betrafen, festgefahren waren⁴⁵). Hier ist ein kurzer Rückblick auf die vorausgehenden Wirtschaftsverhandlungen zwischen den beiden Mächten nützlich. Das deutsche Interesse an Rußland galt vor allem den wertvollen Rohstoffen Holz, Öl, Manganerz und Ölkuchen. Besonders reizvoll war für die deutschen Wirtschaftsexperten, daß die Sowjetunion Gold als Zahlungsmittel anzubieten hatte, bei dem chronischen Devisenmangel des Reiches ein ernstzunehmender Faktor.

Seit 1933 hatte der Präsident der Deutschen Reichsbank der UdSSR ständig Finanzkredite vermittelt, die aber in relativ kleinem Rahmen blieben. Im Jahre 1935 dagegen hatte sich Hjalmar Schacht zu einem größeren Objekt durchgerungen: Dem Leiter der sowjetischen Handelsdelegation Kandeliki war ein Zehnjahreskredit in Höhe von 500 Millionen RM angeboten worden. Damit sollten die Sowjets in Deutschland einkaufen. Bei der tatsächlich eingereichten Warenliste aber wurde es einigen verantwortlichen Stellen in Berlin unheimlich, denn die Wünsche reichten vom Kreuzer über Unterseeboote bis zum Wunsch nach Unterstützung durch Zeiß Jena und die IG Farben. So war Schacht schließlich froh, daß Molotow ihm durch eine Indiskretion die Möglichkeit gab, das deutsche Angebot für nichtig zu erklären⁴⁶). Am 29. April 1936 wurde das erste kurzfristige Verrechnungsabkommen unterzeichnet, es wurde am 24. Dezember 1936 bis zum 31. Dezember 1937 verlängert. Obwohl Deutschland mit einer weiteren Verlängerung einverstanden gewesen wäre, melden sich die Russen erst am 1. März wieder. Am 19. Dezember wird ohne weiteres das Jahr 1939 mit einbezogen, und obwohl dies eine Routineangelegenheit war, zeigt sich doch darin eine gewisse Konzilianz beider Seiten.

43) Hilger a.a.O. S. 274; Rossi a.a.O. S. 17, er zitiert nach Aussagen des damaligen italienischen Botschafters Rossi die oben erwähnte Äußerung Potemkins zu Coulondre über die vierte Teilung Polens. Weinberg, Gerhard L., *Germany and the Soviet Union 1939—41* in: *Studien zur Geschichte Osteuropas I*, Leiden 1954 S. 5 glaubt auch, daß nach München Litwinows Politik der kollektiven Sicherheit gescheitert war. Siehe auch Braubach, Max, *Hitlers Weg zur Verständigung mit Rußland im Jahre 1939*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 16. 12. 1959, S. 698.

44) Hilger a.a.O. S. 274. In Moskau brauchte der Verständigungswille wohl nicht mehr zu wachsen, er war vorhanden.

45) Derselbe S. 269, siehe hier auch für das Folgende.

46) Molotow erwähnt den Plan vor dem Zentralkomitee am 16. 1. 1936.

Wichtiger als Indiz für die eingetretene Entspannung scheint aber der oben erwähnte, im März 1938 eingeleitete Warenkredit zu sein. Erst am 22. Dezember 1938 können ihn Legationsrat Dr. Schnurre und der Russe Skossyrew zum Abschluß bringen. Bedeutsam ist, daß von einem Gesamtbetrag von 200 Millionen RM für sechs Jahre, den das Reich der Sowjetunion gewährt, dreiviertel für kriegswichtige Rohstoffe ausgegeben werden soll! Ein deutliches Anzeichen der Entspannung. Damit aber sind wir bereits mitten im „Frühling“, denn andere Ereignisse von Bedeutung hatten sich abgespielt.

Für den modernen totalitären Staat mit der durch Presse und Rundfunk beeinflussten öffentlichen Meinung, ist die Propaganda ein unentbehrliches Hilfsmittel. Sie vermag unendlich viel, da der Wahrheitsgehalt einer Behauptung hinter dem staatspolitischen Nutzeffekt zurückzutreten hat, andere Informationsmöglichkeiten nur für einen geringen Personenkreis in Frage kommen und so im Laufe der Zeit unter dem massierten Trommelfeuer der Publizistik kein Mensch sich dessen Wirkung entziehen kann. Man schafft Prototypen von politischen oder ideologischen Gegnern, stattet sie mit wenigen, aber einprägsamen Mängeln aus und bringt sie in die Öffentlichkeit. Besonders die Karikatur erweist sich als wirkungsvoll, denn sie lebt von wenigen typischen Merkmalen, erregt Heiterkeit und macht in einem solchen Maße lächerlich, daß alles, was ein solcher „Bedauernswerter“ tut, nicht mehr ernst genommen wird, selbst von solchen, die es besser wissen müssen. Als Idealfall für die Propaganda beider Länder, von denen hier die Rede ist, dürfen die Beziehungen zwischen 1933 und 1939 angesehen werden. Denn beide Staaten boten Angriffsflächen in Hülle und Fülle, dann aber konnten die Staatsoberhäupter und andere Politiker leicht karikiert werden, vor allem war es der Bart, der bei Hitler und Stalin von den Zeichnern beider Systeme liebevoll stilisiert wurde. So viele Vorteile diese Art Propaganda auch bot, in einem Falle, allerdings nur in diesem, war sie gefährlich, dann nämlich, wenn aus dem erbitterten Gegner von gestern über Nacht ein Freund gemacht werden mußte. Dann konnte es geschehen, daß das jahrelang systematisch verdummte Publikum aufhorchte und, was schlimmer war, nachzudenken begann.

Folgerichtig muß, wenn das zutrifft, die Entspannung zwischen zwei totalitären Staaten behutsam damit eingeleitet werden, daß die gegenseitigen Beschimpfungen einer sachlichen Berichterstattung weichen. Und eben das geschah im Herbst 1938 nach der Münchener Konferenz. Im Oktober vereinbarten Graf Schulenburg und Litwinow, daß Presse und Rundfunk des deutschen Reiches und der UdSSR sich der Angriffe auf die jeweiligen Staatsoberhäupter enthalten sollten⁴⁷). Das Datum ist bemerkenswert; die Münchener Konferenz und die Chamberlain-erklärung über die für Großbritannien notwendige Aufrüstung tun ihre Wirkung. Auch der deutsche Botschafter in Moskau hält es für richtig, nachzustößen und benutzt die Lage, um seine Auffassung von den deutsch-russischen Beziehungen in einem Memorandum niederzulegen, das er am 26. Oktober nach Berlin sendet. Den Anlaß bildeten die deutsch-russischen Wirtschaftsgespräche⁴⁸). Und tatsächlich scheint man im Auswärtigen Amt aufgeschlossen, der reibungslose Ablauf der oben skizzierten Verhandlungen scheint das zu beweisen.

Aber erst das Jahr 1939 bringt die entscheidende Wendung! Schon beim Neujahrsempfang, am 12. Januar 1939 in der Reichskanzlei, führte Hitler mit dem russischen Botschafter ein herzliches Gespräch⁴⁹). Das Aufsehen in diplomatischen Kreisen war groß; bisher hatte Hitler den Vertreter der UdSSR mehr oder weniger geschnitten. Am Tage vorher hatte Merekaloff dem deutschen Auswärtigen Amt den Vorschlag gemacht, den Verhandlungsort für die Wirtschaftsgespräche nach Moskau zu verlegen⁵⁰). Ob die überraschende Geste Hitlers damit in Zusammenhang steht? Unmöglich ist es nicht, denn Deutschland akzeptiert am 20. Januar diesen russischen Wunsch. Aber gerade dieses Entgegenkommen führte zu einem Rückschlag, der deutlich zeigte, wie sehr man sich

47) Hilger a.a.O. S. 274.

48) Weinberg a.a.O. S. 9. Er glaubt, daß zu dieser Zeit die Anregung besserer Beziehungen auf dem wirtschaftlichen Sektor vom Reich ausging.

49) Assmann, Kurt, *Deutsche Schicksalsjahre*, Wiesbaden 1950, S. 96; Rossi a.a.O. S. 20.

50) Weinberg a.a.O. S. 10.

mißtraute; noch war die Vergangenheit zu frisch in Erinnerung. Als Leiter der deutschen Delegation war Legationsrat Schnurre vorgesehen, und er begleitete den Reichsaußenminister nach Warschau, der dort mit der polnischen Regierung in Sachen Korridor sprechen wollte. Von dort aus wollte Schnurre dann nach Moskau reisen; die deutsche Botschaft erwartete ihn am 30. Januar⁵¹⁾. Botschaftsrat Hilger reist ihm nach Warschau entgegen, um Dr. Schnurre über das Moskauer Klima, aber auch über die Person seines Gesprächspartners, des mit 31 Jahren zum Volkskommissar ernannten Mikojan, zu informieren⁵²⁾. Da macht eine für die deutsche Politik dieser Jahre typische Gefühlsreaktion die Arbeit von Monaten zunichte und droht endgültig Feindschaft zwischen Moskau und Berlin zu säen. Der Grund ist folgender: In großer Aufmachung hatten englische, französische und polnische Blätter von der Reise Schnurres nach Moskau berichtet, man hatte den Geist von Rapallo beschworen und warnend auf die Möglichkeit einer deutsch-russischen Verständigung hingewiesen⁵³⁾. Das war an sich nichts Neues, aber zu diesem Zeitpunkt mußten derartige Meldungen sich äußerst

störend auf die geplanten deutsch-polnischen Korridorverhandlungen auswirken, und der Reichsaußenminister war davon überzeugt, daß es sich hier um ein planmäßiges Störmanöver Moskaus handele, um die Warschauer Gespräche durch diese Indiskretion zu torpedieren. Ribbentrop ruft Schnurre nach Berlin zurück, die Russen aber empfanden diese Wendung „... als einen Schlag ins Gesicht...“⁵⁴⁾. Moskau hat wohl nichts Derartiges unternommen, aber die deutsche Reaktion erhellt noch einmal die Szene: Man glaubte noch immer daran, daß Stalin das Deutsche Reich in eine Falle locken und bloßstellen wollte. Auch später noch taucht dieser Gedanke wiederholt auf⁵⁵⁾.

Trotzdem gehen die Verhandlungen wegen des 200-Millionenkredits weiter. Ende Februar übergibt Mikojan Hilger eine Liste mit Wünschen über zusätzliche Lieferung von Kriegsmaterial. Unterzeichnet wurde der Kreditvertrag, über den nun in Berlin weiterverhandelt wurde, wenn auch Hitler ständig mit Mikojan in Fühlung blieb, am 19. August 1939. Er war das Trompetensignal für den Nichtangriffspakt⁵⁶⁾.

Man wird deutlich

Der Monat März kann als entscheidend für den weiteren Verlauf des von uns behandelten Ereignisses angesehen werden. Die Weichen werden gestellt, wenigstens einer der beiden Kontrahenten tritt aus der vorsichtigen Reserve heraus und ergreift die Initiative. Stalin äußert sich, wie wir sehen werden, zuerst, und wenn auch anzunehmen ist, daß seine Worte das Ohr dessen, für den sie bestimmt waren, nicht erreichten, so ist zumindest seine plötzliche Sinnesänderung äußerst interessant. Was zwang ihn dazu? Wo liegen die Gründe?

Keitel soll bereits in den ersten Märztagen im Hause eines bekannten Industriellen mit dem sowjetischen Militärattaché in Deutschland zusammengetroffen sein, um vorsichtige Fühlung aufzunehmen. Dabei soll bereits von einem möglichen Konflikt mit Polen die Rede gewesen sein, wobei der Militärattaché geäußert habe, daß die UdSSR bei einer eventuellen „Revolution“ in Polen nicht indifferent bleiben würde, sie würde dann den an ihre Grenzen stoßenden Teil „reorganisieren“⁵⁷⁾. Man wird dieser Nachricht gegenüber skeptisch sein müssen; die Quelle, der Daily Telegraph vom 30. März 1940, muß zu diesem Zeitpunkt als dubios angesehen werden. Keitel soll Hitler von diesem Gespräch unterrichtet haben, aber dieser wollte nicht auf die Möglichkeiten eingehen⁵⁸⁾. Fest steht allerdings, daß Hitler bis zum März 1939 entschlossen war, die Frage des Korridors und der Freien Stadt Danzig friedlich zu lösen. Die Ablehnung des Keitelschen Vorschlags erscheint daher als logisch, wenn sie zutrifft. Es schien ihm der Plan nicht aussichtslos zu sein, Polen in seine antibolschewistische Pläne zu verwickeln; er soll Beck die Ukraine angeboten haben⁵⁹⁾. Erst als Polen abgelehnt habe, sei Hitler den umgekehrten Weg gegangen.

An dieser Nachricht mag, wie gesagt, manches falsch sein, zutreffend aber ist die politische Lage, wie sie hier von den ersten Märztagen umrissen wird. Denn zweierlei zeichnete sich ab und beides ging Sowjetrußland unmittelbar an: die bevorstehende Liquidierung der Resttschechei warf ihre Schatten voraus, aber auch die Lösung des Korridorproblems und der Danziger Frage schien heraufzudämmern. Wie auch immer Polen und Deutschland zu einem Ende kommen würden, für Stalin war die Zeit der Passivität vorbei. Denn eine kriegerische Auseinandersetzung beider Staaten, deren Ausgang für ihn nicht zweifelhaft sein konnte, brachte ihm die Nachbarschaft des radikal-antibolschewistischen Hitlers ein, die Bedrohung der UdSSR wuchs dann ins Riesenhafte. Einigte man sich aber in Warschau und Berlin, so war auch das keine Beruhigung, denn freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Polen hatten einen antisowjetischen Beigeschmack, hier verstand man sich über die Tagespolitik hinaus. Das aber war bei der hochgezückelten deutschen Rüstung doppelt gefährlich. Für den Diktator im Krenl gab es nur zwei Wege, er ging sie mit grimmiger Entschlossenheit. Sein Vorteil war, daß sie eine Strecke weit

nebeneinanderführten, wann sie sich trennen würden, war noch nicht zu erkennen. Der erste Weg hieß Verständigung mit Hitler, der zweite aber Eintritt in das Einkreisungssystem der Westmächte.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Anstoß zu einer grundlegenden Änderung der Politik der beiden Großmächte von der Sowjetunion ausging, wie immer auch das Vorgeplänkel ausgesehen haben mag. Man muß die tiefe Beunruhigung verstehen, die die verantwortlichen Führer Rußlands ergriff, als der deutsche Einmarsch in die CSR unmittelbar bevorstand. Stalin sah sich Auge in Auge mit seinem erbittertesten Gegner, ohne doch hoffen zu dürfen, Unterstützung durch andere Mächte zu erhalten. Er war praktisch isoliert. Das war um so bedenklicher, als Rußland, wie eben gezeigt wurde, bereit war, vor München militärisch auf Seiten der Westmächte einzugreifen. Wie auch immer eine solche Unterstützung Prags ausgesehen haben würde, exponiert hatte sich Stalin auf jeden Fall. München hatte gezeigt, daß er auf Dank nicht hoffen durfte. In den ersten Märztagen hatte die immer glänzend orientierte Sowjetdiplomatie zuverlässige Nachrichten über die bevorstehende deutsche Aktion, sie zögerte nicht, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Am 10. März 1939, also noch vor dem Besuch Tisos in Berlin, der erst am 13. erfolgte, wies Stalin in seiner berühmten Rede vor dem XVIII. Parteitag der KPdSU die Gerüchte über deutsche Annexionspläne zurück⁶⁰⁾. Wörtlich führte er aus: „Die Sowjetunion muß sich davor hüten, von Kriegshetzern, die es gewöhnt sind, daß andere ihnen die Kastanien aus dem Feuer holen, in Konflikte hineingezogen werden.“ Diese Wendung hat nur Sinn, wenn sie an die Berliner Adresse gerichtet war. Gleichzeitig bedeutet sie eine unmißverständliche Drohung für die Westmächte⁶¹⁾, sie zeigt aber auch, daß Stalin sie und die CSR bereits abgeschrieben hat, wenigstens soweit es den bevorstehenden deutschen Einmarsch in diesen Staat betrifft. Im übrigen saß Stalin nun in der Hinterhand; wenn er richtig kalkuliert hatte, kamen beide Parteien auf ihn zu. Er hatte dann die Möglichkeit zu wählen; je nach der Höhe des Angebotes konnte er sich entscheiden. Als Stalin am 15. März vor demselben Gremium erklärte, „für die Sowjetunion sei eine realistischere Politik durchaus möglich...“, horchte man auch in deutschen diplomatischen Kreisen auf⁶²⁾. Dieses Datum bezeichnet die Gründung des Protektorats Böhmen und Mähren!

54) ebda. Für die Unsicherheit der französischen Regierung, was das deutsch-russische Verhältnis anbelangt, ein Beispiel: Um die Jahreswende 1938/39 kursierte in Paris das Gerücht, Deutschland wolle die Sowjetunion überfallen, Bonnet a.a.O. S. 172.

55) S. o.

56) Graf v. d. Schulenburg beginnt am 10. 2. mit den Verhandlungen, aber Ende des Monats stagnieren sie bereits.

60) Rossi a.a.O. S. 21; Hilger a.a.O. S. 275. Siehe hier auch über die Bedeutung der Ansprache. Er spricht vom dritten Anzeichen einer Entspannung, die beiden ersten lagen auf dem wirtschaftlichen Sektor Weinberg a.a.O. S. 12 hält die Ansicht Rossis, daß Stalin damals, am 10. 3. also, auf ein deutsch-russisches Abkommen hingearbeitet habe, für „not correct...“, er sieht aber in der Rede unterm „the possibility of an agreement...“ Auf jeden Fall aber, „the Russians were beginning to examine seriously the possibility of agreement with Germany as the basis of their policy in the new, post Munich, Europe.“ ebda S. 13. — Sicher, eine Entscheidung war noch nicht gefallen, aber Weinbergs Ansicht, daß erst Ende Mai eine klare Stellungnahme Stalins zu verzeichnen sei trifft den Sachverhalt nicht ganz.

61) Hitler, A., Mein Kampf, München 1933, S. 728 ff.

62) Vgl. Deutsch a.a.O. S. 109.

51) Weinberg ebda, Hilger a.a.O. S. 271. Am 31. 3. sollten die Verhandlungen in Moskau beginnen. Die Hitlerrede vom 30. 1. vermeidet jeden Angriff auf Sowjetrußland.

52) Hilger a.a.O. S. 272.

53) ebda.

57) Daily Telegraph vom 30. 3. 1940. Vgl. auch Rossi a.a.O. S. 20.

58) ebda.

59) Derselbe S. 21.

Auch in Berlin zog man, wenn auch auf andere Weise, Konsequenzen. Die Reaktion der Westmächte auf den Bruch des Münchner Abkommens erschien zwar nach außen hin lahm, aber hinter den Kulissen begann man sich auch in Deutschland ernsthafte Sorgen zu machen. Es schien der Reichsregierung geraten, sich nach Bundesgenossen umzusehen, um die Einkreisung zu neutralisieren oder gar zu verhindern. Man war allerdings noch immer davon überzeugt, daß sich die „Plutokratien“ nicht schlagen würden, aber man wußte um Londoner Bemühungen, wenigstens den diplomatischen Druck zu verschärfen.

Es kann als sicher gelten, daß Hitler von Stalins Rede, die so bedeutsam war, keine Kenntnis hatte⁶³). Aber da gerade um diese Zeit Entschlüsse von äußerster Tragweite gefaßt werden mußten, fand er auch ohne Wissen um die russische ausgestreckte Hand die richtige Einstellung: Diese mußte vorerst darin liegen, niemanden, auch nicht Moskau, unnötig zu vergrämen, man hatte auf diesem Gebiet vorerst genug getan. Und es stand fest, daß für die Zukunft die deutsche Außenpolitik revidiert werden mußte. Mitte März hoffte Hitler immer noch, ja sogar mehr denn je, Polen von den Westmächten zu trennen, denn die Haltung Becks in der tschechoslowakischen Frage stempelte ihn zum Mitschuldigen und erregte in London größten Unwillen. In der Vorstellung des deutschen Diktators bieten sich ihm, um es noch einmal zu sagen, zwei Wege: Erstens ein Freundschaftspakt mit Polen, der ihm den Rücken gegenüber den westlichen Demokratien freihalten würde⁶⁴), zweitens ein Bündnis mit der Sowjetunion, um die Drohung eines möglichen polnischen Flankenstoßes, falls sich England und Frankreich doch zum Krieg entschlossen, zu neutralisieren. Es ist nun so, daß sich wohl Hitler rein national diese Lösungsmöglichkeiten noch nicht zu eigen gemacht hatte, aber im Unterbewußtsein scheinen sie bereits vorhanden. Der erste Weg schien den Prinzipien der nationalsozialistischen Ideologie zu folgen, aber am 21. März 1939 stellte sich nach einem Gespräch zwischen Reichsaußenminister v. Ribbentrop und dem polnischen Botschafter Lipski heraus, daß die englische Garantie, die unmittelbar bevorstand, die Tür nach dem Lande eines Pilsudskis, den Hitler persönlich sehr verehrte⁶⁵), verschloß⁶⁶). So wird sich denn wohl bei Hitler der zweite Gedanke immer mehr durchgesetzt haben, zumal die Anfang April in Moskau beginnenden Gespräche zwischen den Botschaftern der Westmächte und dem Kreml erkennen ließen, daß höchste Eile geboten war⁶⁷).

Ende März 1939 läßt Hitler denn auch seine Gedanken durchblicken. Als General Brauchitsch ihn besucht, fragt er ihn lächelnd, nachdem er ihn zum Platznehmen aufgefordert hat, was er von einem Staatsbesuch des deutschen Reichskanzlers in Moskau halte? Er sei sicher, daß Brauchitsch diese Frage unerwartet komme⁶⁸). Wir können annehmen, daß diese Bemerkung nach dem Gespräch Ribbentrop-Lipski gefallen ist, hier liegt also der Zeitpunkt, an dem wir belegen können, daß Hitler sich ernsthaft mit dem Gedanken der Revision der deutsch-russischen Beziehungen beschäftigt. Ein weiteres Indiz folgt unmittelbar: Am 1. April 1939 spricht Hitler anläßlich des Stapellaufs des Schlachtschiffs „Tirpitz“. Er vermeidet jegliche Beschimpfung der UdSSR und sagt, daß das Reich auf die Dauer die Einkreisungspolitik der Westmächte nicht hinnehmen werde⁶⁹). Nun ist diese Äußerung recht unverbindlich, da man sich theoretisch eine ganze Reihe von Maßnahmen gegen diese Drohung vorstellen kann. Aber realpolitisch, also praktisch gesehen, bleibt doch nur die Möglichkeit, daß Hitler sich mit dem Gedanken trug, eine Großmacht aus der sich aufbauenden Front herauszuberechnen. Daß das nicht Frankreich und auch nicht England sein konnten, obwohl Versuche dazu bis in die letzten Friedenstage hinein

unternommen worden zu sein scheinen, war anzunehmen. Es bleibt also nur die UdSSR übrig, da deren Mitwirkung bei der geplanten militärischen und diplomatischen Initiative noch nicht gesichert war. Es scheint also, als ob Hitler damals daran dachte, mit Stalin ins Gespräch zu kommen. Und auch Moskau tut etwas, um die Dinge in Fluß zu halten. Am 4. April beschuldigt die Prawda die Westmächte, das Reich zum Angriff auf die Ukraine zu ermuntern⁷⁰). Da die sowjetische Presse stets das Sprachrohr Stalins war, läßt diese Mitteilung aufhorchen.

Am 6. April 1939 kündigt Chamberlain den bilateralen Beistandspakt mit Polen im Unterhaus an⁷¹). Damit war für Hitler die Entscheidung gefallen, welchen Weg er gehen sollte. Immer deutlicher wurde ihm von diesem Zeitpunkt an, daß nur die Verständigung mit Rußland ihm die Chance gab, der Einkreisung zu entgehen. Es hätte allerdings auch die Möglichkeit gegeben, auf weitere Eskapaden im mittel- und osteuropäischen Raum zu verzichten, aber davon war keine Rede. Und es scheint klar zu sein, daß die entscheidende Wendung zu grundsätzlicher Verständigungsbereitschaft mit Stalin, die Hitler unserer Ansicht nach eben damals vollzog, in die Zeit von Mitte März 1939 bis Anfang April 1939 fällt. So fehlt denn auch in Hitlers großer Rede vom 28. April vor dem Reichstag wiederum „... der schon traditionell gewordene Hinweis auf die feindliche Haltung der Sowjetunion“...⁷²). Auch Stalin will sicher gehen. Zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt erscheint am 17. April 1939 im Auswärtigen Amt bei Staatssekretär v. Weizsäcker der russische Botschafter Merekaloff⁷³). Wenn man auch annimmt, daß Astachoff der eigentliche Träger der sowjetischen Politik in Deutschland war, so scheint es Stalin doch jetzt an der Zeit, durch normale diplomatische Kanäle die Neuorientierung seiner Politik zu unterstreichen und zu legalisieren. Offiziell will Merekaloff nur vom deutschen Staatssekretär wissen, wie sich in Zukunft die noch ausstehenden Lieferungen der tschechoslowakischen Skodawerke an die UdSSR abwickeln werden, nachdem Deutschland nunmehr Herr dieser Anlagen ist. Die Angelegenheit ist im Rahmen dessen, was bisher ohne das persönliche Erscheinen des Botschafters verhandelt worden war, zweitrangig, zumindestens aber rechtfertigt sie nach den bisherigen Praktiken die Aufgabe der diplomatischen Zurückhaltung nicht. So weiß auch Staatssekretär von Weizsäcker gleich Bescheid und hängt seinen Köder aus: Die Lieferungen seien doch wohl nun problematisch geworden, da die Sowjetunion sich mit England und Frankreich über einen Luftpakt unterhalte⁷⁴). Da läßt Merekaloff, nachdem er noch eine Frage über die deutsche Auffassung von der Lage in Mitteleuropa gestellt hatte, die Maske fallen: er fragt „plötzlich“, was Deutschland vom deutsch-russischen Verhältnis halte. Weizsäcker erklärte etwas allgemein, daß das Reich Interesse an befriedigendem Wirtschaftsaustausch habe, dann aber läßt er einfließen, daß die Sowjetunion die Eskapaden der Westmächte „nicht ganz“ mitmache⁷⁵). Der Sowjetbotschafter versteht und erklärt, daß aus normalen Beziehungen sich auch bessere entwickeln könnten⁷⁶), die Ideologie spiele keine Rolle. Zum Abschluß erwähnt er, daß er in den nächsten Tagen beabsichtige, nach Moskau zu fahren, auch das ist eine unüberhörbare Aufforderung, ihm Material im gewünschten Sinne mitzugeben, um es seiner Regierung vorlegen zu können. Man war ins Gespräch gekommen.

70) Artikel der Prawda v. 4. 4. 1939, zitiert nach Rossi a.a.O. S. 25.

71) Die Entstehungsgeschichte dieser Garantie ist eine Tragikomödie, die Hauptrolle spielt vermutlich die persönliche Habgier eines Balkandiplomaten. Siehe ausführlich hierüber Hillgruber a.a.O. S. 34, vgl. Dirksen, H. v., Moskau, Tokio, London, Stuttgart 1949. Rumänien fühlte sich zunächst bedroht, schon am 14. 3. 1939. Die Auswirkungen dieser völlig unbegründeten Behauptungen sind kaum vorstellbar.

72) Seidl a.a.O. Nr. 1, S. 1 f; Vgl. Rossi a.a.O. S. 27; Seraphim, H. G., Die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939—1941, Hamburg 1949 in: Göttinger Beiträge für Gegenwartsforschung, Heft 1. Daß der Besuch bedeutsam war, scheint außer Frage.

73) Aufzeichnung des Staatssekretärs von Weizsäcker über diesen Besuch, Seidl ebda.

74) ebda.

75) Nach Ansicht Rossis, a.a.O. S. 26, hat Stalin sich nach der Garantieerklärung der Westmächte an Polen volle Handlungsfreiheit bewahrt, während diese „... fortan vom ersten besten Zwischenfall in Danzig ... abhängig waren.“

76) Vgl. diese Formulierung mit seinen Worten beim Besuch Schulenburgs!

Anmerkung:

Philipp Fabry, Dr. phil., Studienassessor, Worms.

63) Siehe dazu Hilger a.a.O. S. 279, der am 10. Mai diese Feststellung anläßlich des durch die Entlassung Litwinows notwendigen Besuchs bei Hitler macht. Auch Ribbentrop wußte nichts von der Rede. Braubach a.a.O. S. 699 hält dies aber nur für „fraglich“.

64) Vgl. die Rede Hitlers vor der Generalität am 22. 8. 1939.

65) Nach der Besetzung Polens zog vor dem Grabmal des Marschalls eine deutsche Ehrenwache auf.

66) Rossi a.a.O. S. 24.

67) S. o.

68) Deutsch a.a.O. S. 109. Der Verfasser ist Professor an der Universität Minnesota und befragte v. Brauchitsch in seiner Eigenschaft als Chef der State-Department Special Interrogation Mission. Vgl. auch Kordt, E. Nichts aus den Akten, Stuttgart 1950, S. 306.

69) Assmann a.a.O. S. 97.